

Die Welt kann nicht warten

Gebrochene G8-Versprechen kosten Millionen Menschenleben

Im Vorfeld des G8-Gipfels in Heiligendamm fordern Millionen Menschen auf der ganzen Welt ein Ende der Armut. Die Staats- und Regierungschefs der G8 müssen dafür sorgen, dass mehr und bessere Entwicklungshilfe geleistet wird, um Gesundheitsfürsorge, Bildung, Wasserversorgung und Hygienemaßnahmen für alle Menschen sicherzustellen. Sie müssen Entscheidungen für mehr Schuldenerlass und für gerechte internationale Handelsregeln treffen. Initiativen sind dringend gefordert, um den vom Krieg geplagten Ländern der Welt Frieden zu bringen sowie um dem Klimawandel Einhalt zu gebieten und seine verheerenden Auswirkungen abzumildern. Wenn die G8 handeln, werden Menschenleben gerettet. Obwohl in einigen Bereichen tatsächlich Erfolge erzielt wurden, sind die Fortschritte in den letzten zwei Jahren hinter den Versprechen zurückgeblieben. Diese Untätigkeit kostet Millionen Menschenleben. Die G8-Staaten müssen ihre Versprechen an die armen Länder der Welt einhalten.

Zusammenfassung

Armut und Elend können überwunden werden, und die Staats- und Regierungschefs der reichen Länder sind aufgefordert, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, damit dies geschieht. Dies war die klare Forderung von 40 Millionen Menschen in 36 Ländern, die im Jahr 2005 an der „Weltweiten Aktion gegen Armut“ teilgenommen haben. Ein Jahr später haben 24 Millionen Menschen am World Poverty Day für den Kampf gegen die weltweite Armut demonstriert.

Unter den zahlreichen internationalen Zusammenkünften im politischen Kalender gilt der G8-Gipfel als das für die weltweite Armutsbekämpfung bedeutendste Treffen. Für Aktivist/innen ist er vor allem Anlass, Staats- und Regierungschefs zur Rechenschaft zu ziehen, damit diese ihre Versprechen in die Tat umsetzen. In diesem Jahr wird das Gipfeltreffen im Urlaubsort Heiligendamm an der Ostseeküste stattfinden. Aktivist/innen aus der ganzen Welt werden in Deutschland sein, um ihren Anliegen Gehör zu verschaffen.

Was von den G8-Staaten gefordert wird, ist klar. Die Schulden armer Länder müssen erlassen, die Entwicklungshilfe erhöht und verbessert, der internationale Handel gerechter gestaltet, Friedenssicherung und Rüstungskontrolle in die Tat umgesetzt und konzertierte Aktionen eingeleitet werden, um den Klimawandel und seine Auswirkungen auf die Ärmsten der Welt zu begrenzen. Die Armut zu beseitigen ist die weltweit dringlichste und wichtigste Herausforderung.

Dort, wo die G8-Staaten handeln, wird das Leben vieler Menschen entscheidend verbessert. Seit dem G8-Gipfel im Jahr 2005 wurde der größte Teil der Schulden von 22 hochverschuldeten armen Ländern beim Internationalen Währungsfonds (IWF) und bei der Weltbank erlassen. Dies hat dazu beigetragen, dass zwanzig Millionen mehr Kinder zur Schule gehen können. Achtzehn Millionen Moskitonetze sind seitdem verteilt worden, und mehr als eine Million Menschen haben nun Zugang zur Behandlung von HIV/Aids. Zudem erscheint ein internationales Übereinkommen zur Kontrolle des Waffenhandels erreichbar. Ein solches Abkommen unterstützen 80% aller Länder weltweit, von den G8-Staaten stimmen nur die USA dagegen. Trotz dieser Fortschritte stehen die Taten der reichen Länder hinter ihren Versprechen zurück, und die Umsetzung der Zusagen ist mangelhaft und äußerst langsam.

Es ist alarmierend, dass die weltweite Entwicklungshilfe im Jahr 2006 zum ersten Mal seit 1997 gefallen ist. Beim G8-Gipfel in Gleneagles im Jahr 2005 sagten die reichen Länder zu, ihre jährliche Entwicklungshilfe bis zum Jahr 2010 um 50 Mrd. US-Dollar zu erhöhen. Wenn der seit dem Zeitpunkt der Zusagen zu beobachtende Trend anhält, könnten die G8 nach Berechnungen Oxfams dieses Ziel um 30 Mrd. US-Dollar verfehlen. Der Preis dieses gebrochenen Versprechens? Auf Grundlage von Zahlen der Weltgesundheitsorganisation und UNAIDS hat Oxfam modellhaft errechnet, dass mindestens fünf Millionen Menschenleben gerettet werden könnten, wenn diese Gelder für lebensnotwendige Gesundheitsdienstleistungen für Mütter, Kinder und Patient/innen mit HIV/Aids zur Verfügung stünden.

Der Konflikt in Darfur ist seit vier Jahren ungelöst, die Anzahl der Menschen, die dort auf Hilfe von außen angewiesen sind, hat sich auf fast vier Millionen

verdoppelt. Die Verhandlungen zu Handelsabkommen, die für gerechtere Handelsregeln sorgen sollen, sind nach wie vor blockiert und schleppen sich aufgrund des fehlenden politischen Engagements der reichen Länder dahin. Außerdem versäumen es die reichen Länder, dem katastrophalen Klimawandel Einhalt zu gebieten und denjenigen zu helfen, deren Existenzgrundlagen er bereits zerstört. Anstatt die Milliardenbeträge bereitzustellen, die die armen Länder benötigen, um sich an den Klimawandel und seine Folgen anzupassen, werden bislang lediglich ein paar Millionen zur Verfügung gestellt. Diese im Vergleich zum Bedarf winzigen Beträge werden zudem noch aus den gegenwärtig vorhandenen Entwicklungshaushalten finanziert.

Die Welt kann nicht länger warten. Millionen Menschen bezahlen die Untätigkeit der reichen Länder mit ihrem Leben.

Der Preis gebrochener Versprechen

Was ist der Preis der gebrochenen Versprechen? Das Mädchen, das morgens aufsteht, um Wasser zu holen, und dabei an ihren Freundinnen vorbeigeht, die stattdessen zur Schule gehen. Die Frau, die Angst hat, dass sich der Husten ihres Kindes verschlimmert, weil sie weiß, dass sie die medizinische Behandlung nicht bezahlen kann. Der Junge, der sieht, wie seine kleine Schwester noch als Baby stirbt, da es nur schmutziges Wasser zu trinken gibt. Die Frauen, die auf der Suche nach Brennholz das Flüchtlingslager verlassen müssen und wissen, dass ihre Freundinnen erst am Tag zuvor hier vergewaltigt und getötet wurden, als sie dasselbe taten. Feldfrüchte, die in der zunehmenden Dürre verwelken, Hochwasser, das eine Familie mit in den Tod reißt. Eine hoch verschuldete Bäuerin, die nicht genügend Geld aufbringen kann, um ihre Familie zu ernähren.

Die G8-Staaten können nicht alle Probleme der Welt lösen. Aber wenn sie die Zusagen, die sie im Jahr 2005 gemacht haben, einhalten, und darüber hinaus alles in ihrer Macht Stehende tun, um Armut und Elend zu beenden, können sie das Leben von Millionen Menschen deutlich verbessern. In Heiligendamm stehen Afrika, HIV/Aids, Gesundheitsfürsorge und Klimawandel auf der Tagesordnung. Organisationen wie Oxfam fordern konkrete Fortschritte bei diesen Themen. Die G8-Staaten müssen über ihre Untätigkeit Rechenschaft ablegen, wobei die eigenen Ziele als Maßstab zu gelten haben. Sie müssen Farbe bekennen, denn zwei Jahre nach dem Gipfel von Gleneagles lautet die Wahrheit, dass die G8 ihre Versprechen brechen – mit entsetzlichen Folgen.

Der extreme Unterschied zwischen der langsamen Gipfeldiplomatie und der Dringlichkeit, mit der gehandelt werden muss, ist offensichtlich. In den beiden vergangenen Jahren sind eine Million Frauen während der Schwangerschaft oder bei der Geburt gestorben, da eine grundlegende Gesundheitsfürsorge fehlte. Dies entspricht der Summe aller Frauen, die in Deutschland und Kanada im letzten Jahr entbunden haben. Ebenso sind in den letzten beiden Jahren 21 Millionen Kinder unter fünf Jahren gestorben.

Dies entspricht der Summe aller Kinder unter fünf Jahren in Deutschland, Frankreich, Kanada, Japan, Italien und Großbritannien.¹

Wenn die Augen der Welt im Juni auf Heiligendamm gerichtet sind, müssen die G8-Staaten für ihr Versagen geradestehen – und handeln. Die Zeit drängt. Die Welt und insbesondere ihre ärmsten Bewohner können nicht warten!

¹ Zahlen von der UNICEF-Webseite <http://www.unicef.org/infobycountry/index.html>. Die Gesamtzahl der Kinder unter fünf Jahren in Deutschland, Frankreich, Kanada, Japan, Italien und Großbritannien beträgt 20,9 Millionen.

Weiterer Schuldenerlass ist notwendig

Die Schuldenlast der ärmsten Länder der Welt ist weiterhin zu hoch. Die ärmsten Länder zahlen den reichen Ländern noch immer täglich 100 Mio. US-Dollar an Schuldendienst.² Allerdings hat sich für diejenigen Länder, die unter die Übereinkunft von Gleneagles aus dem Jahr 2005 fallen, ein bedeutender Rückgang der Schuldenlast ergeben. Dadurch konnten Mittel, die bislang für den Schuldendienst benötigt wurden, in Bildung, Gesundheitsfürsorge, Hygienemaßnahmen und Wasserversorgung investiert werden. 24 Länder, davon 18 afrikanische, profitieren derzeit vom Schuldenerlass.³ Die Übereinkunft von Gleneagles kann potenziell auf insgesamt 41 arme Länder ausgeweitet werden, wodurch ihre bis Ende 2004 beim Internationalen Währungsfonds (IWF) und die bis Ende 2003 bei der Weltbank und der Afrikanischen Entwicklungsbank angefallenen Schulden erlassen werden. Zu den bislang 24 Ländern, denen diese Schulden erlassen wurden,⁴ gehören Länder wie Ghana, das den Schuldenerlass genutzt hat, um Schulgebühren abzuschaffen, oder Malawi, das die Gelder zur Ausbildung von jährlich 4.000 zusätzlichen Lehrkräften einsetzt.

Dies ist ein wirklich bedeutender Fortschritt. Allerdings müssen die 17 Länder, die ebenfalls für den Schuldenerlass in Frage kommen, so schnell wie möglich das dafür notwendige Verfahren durchlaufen. Dieser Prozess sollte nicht durch unnötige Bedingungen verzögert werden. Oxfam ist der Ansicht, dass die zu entlastenden Länder Rechenschaft ablegen und transparent aufzeigen müssen, wie sie das eingesparte Geld für die Armutsbekämpfung ausgeben. Darüber hinaus sollten aber keine weiteren Bedingungen gestellt werden.

Die Verpflichtung der sogenannten G7 (d.h. die G8-Staaten ohne Russland) vom April 2007, Liberia seine Zahlungsrückstände zu erlassen, ist zu begrüßen. Dem sollte nun sobald wie möglich ein

² Länder mit niedrigem Einkommen haben im Jahr 2005 42,9 Mrd. US-Dollar an Schuldentilgung geleistet. Dies entspricht umgerechnet 120 Mio. US-Dollar pro Tag bzw. fünf Mio. US-Dollar pro Stunde.

³ Benin, Bolivien, Burkina Faso, Kamerun, Äthiopien, Ghana, Guyana, Honduras, Madagaskar, Malawi, Mali, Mauretanien, Mosambik, Nikaragua, Niger, Ruanda, São Tomé und Príncipe, Senegal, Sierra Leone, Tansania, Uganda und Sambia. (Diese Länder haben den sogenannten Vollendungszeitpunkt erreicht.) Hinzu kommen Kambodscha und Tadschikistan.

⁴ Der Schuldenerlass für Kambodscha und Tadschikistan betrifft nur die Schulden beim IWF, nicht aber diejenigen bei der Weltbank. Der Grund dafür liegt in der Art und Weise, auf die der IWF-Anteil der Schuldenerlassvereinbarung kalkuliert wurde. Dies bedeutet, dass diese beiden Länder im Schuldenerlass mit eingeschlossen wurden.

kompletter Schuldenerlass folgen. Um die Kosten des Schuldenerlasses in voller Höhe zu decken, müssen die G8 der Weltbank zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen. Diese Gelder sollten zusätzlich zur bereits aufgebrauchten Entwicklungshilfe gezahlt werden.

Über die 41 qualifizierten Länder hinaus müssen noch viel mehr Länder entschuldet werden. Einige Länder mit einer immens hohen Verschuldung, etwa Bangladesch und Kenia, sind immer noch vom Schuldenerlass ausgeschlossen. Die Entschuldungskampagne hat errechnet, dass insgesamt mehr als 60 Länder Schuldenerlass benötigen, wenn sie auch nur eine geringe Chance haben sollen, die Millennium-Entwicklungsziele zu erreichen. Zusätzlich ist ein großer Teil der Schulden, der auf den ärmsten Ländern lastet, nicht nur unbezahlbar – er ist auch ungerecht und illegitim: Es kann nicht erwartet werden, dass Länder diejenigen Schulden zurückzahlen, die Staats- und Regierungschefs, welche ihrer Bevölkerung darüber keine Rechenschaft abzulegen hatten, vor langer Zeit angehäuft haben, um dann häufig das Geld für sich selbst abzuzweigen oder für sinnlose Prestigeprojekte auszugeben. Oxfams Nachforschungen haben ergeben, dass ein Teil der Gelder, die Nigeria Deutschland schuldet, aus dem Bau von Luxushotels in den 1980er Jahren stammt, und dass ein Großteil der Schulden des Irak bei Frankreich auf den Kauf von militärischer Ausrüstung zurückzuführen ist.⁵ Häufig haben reiche Länder dieses Geld zu Zeiten des Kalten Krieges geliehen, um politische Unterstützung zu sichern. Als Gegenleistung für loyales Verhalten sahen sie oftmals über den offensichtlichen Missbrauch hinweg. Beispielsweise ist der indonesische Staatshaushalt noch immer durch Schulden aus der Zeit des Regimes von Präsident Suharto belastet. Auch diese Schulden sollten erlassen werden.

Oxfam und andere Organisationen, die sich für Schuldenerlass einsetzen, sind äußerst besorgt über die Vielzahl an Gerichtsverfahren, die sogenannte Geierfonds und andere Gläubiger in jüngster Zeit gegen Regierungen von Entwicklungsländern anstreben. Als Geierfonds werden Unternehmen bezeichnet, die Schulden, die nicht bedient werden, preisgünstig aufkaufen und dann Länder auf Zahlung des Gesamtbetrags verklagen. Auf dem Gerichtsweg sollen somit Profite erwirtschaftet werden. Die G8 müssen alle möglichen rechtlichen Maßnahmen treffen, um derartige Prozesse zu verhindern und um sicherzustellen, dass sie internationale Schuldenerlassinitiativen oder Umschuldungsmechanismen nicht untergraben. Die Staaten der G8 sollten auch alle Aspekte von korrupten Praktiken, die mit solchen

⁵ Bokkerink, S., *Dubious Deals*, Oxfam 2007, unveröffentlicht

Fällen zu tun haben, ahnden und mehr Gelder bereitstellen, um Regierungen durch technische Unterstützung im Bereich der Rechtsetzung dabei zu helfen, solche Fälle zu verhindern und sich zu verteidigen.

Auch nach den Initiativen der G7/G8-Gipfel von Köln 1999 und Gleneagles 2005 ist das Thema Schuldenerlass weiterhin aktuell. Die G8 müssen das Gipfeltreffen in Heiligendamm dazu nutzen, noch weiter zu gehen und die Schulden all jener armen Länder erlassen, die dies benötigen.

Die G8 erhöhen die Entwicklungshilfe nicht

Zur Bekämpfung der weltweiten Armut ist eine Erhöhung der finanziellen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit absolut entscheidend. Wenn sie in der richtigen Form eingesetzt werden, können sie Millionen Menschenleben retten. Im Jahr 2005 haben die G8 zugesagt, die jährlichen Entwicklungshilfeleistungen bis zum Jahr 2010 um 50 Mrd. US-Dollar zu erhöhen. Dies entspräche zwar nur 0,36% des Bruttonationaleinkommens aller OECD/DAC-Länder zusammen und der Hälfte der Zielmarke von 0,7%, zu der sie sich im Jahr 1970 verpflichteten. Dennoch: wenn dieses Geld verfügbar wäre, könnte es viel bewirken. Zwei Jahre nach dieser Zusage steigen die Leistungen der G8 jedoch nicht – sie nehmen vielmehr insgesamt ab.

Oxfam hat auf der Basis gegenwärtiger Trends errechnet, dass die G8 das selbst gesetzte Ziel um 30 Mrd. US-Dollar verfehlen werden. Wie hoch ist der Preis dieses gebrochenen Versprechens? Oxfam hat unter Zugrundelegung der neuesten Zahlen der Weltgesundheitsorganisation und UNAIDS errechnet, dass dieses Geld, wenn es für lebensnotwendige Gesundheitsfürsorge für Kinder, Mütter und Patient/innen mit HIV/Aids ausgegeben würde, fünf Millionen Menschenleben retten und die rasante Ausbreitung von HIV/Aids verhindern würde.⁶

⁶ Siehe Anhang 1 zu dieser Zahl und auch zur detaillierten Prognose von Entwicklungshilfezusagen.

Abb. 1: Die Entwicklungshilfe der G8-Staaten – Defizit 2010

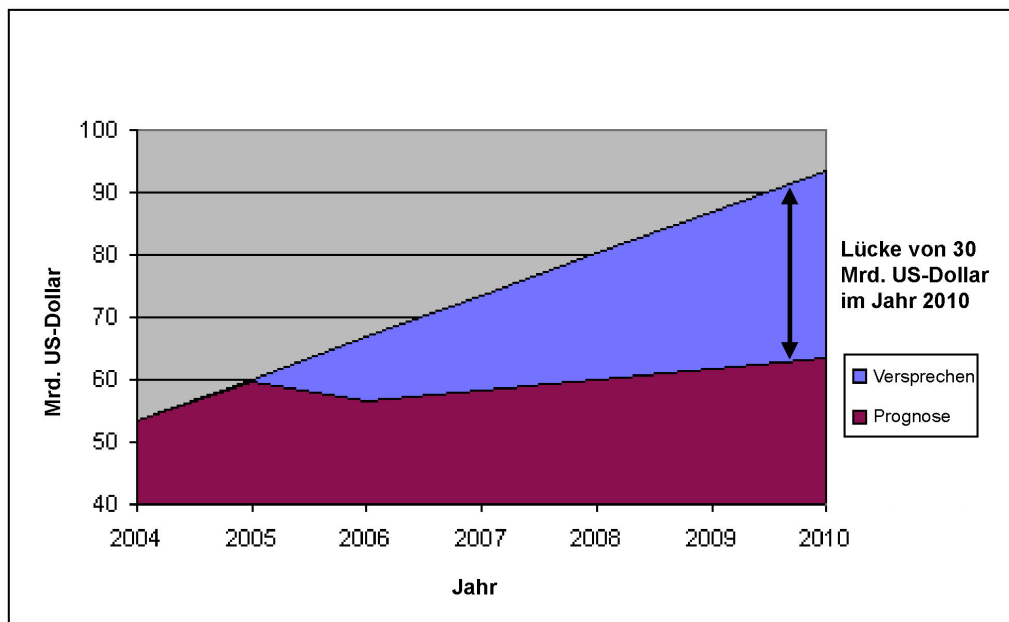


Tabelle 1: Was die nicht geleistete Erhöhung der Entwicklungshilfe bewirken könnte⁷

	Betrag	Gerettete Menschenleben
HIV/Aids: die Ausbreitung der Krankheit verhindern und Zugang zu Behandlung, Prävention und Pflege für alle in Afrika bereitstellen	16,3 Mrd. US-Dollar	500.000
Gesundheitsfürsorge für Mütter und Neugeborene	5,2 Mrd. US-Dollar	2 Millionen
Gesundheitsfürsorge für Kinder	5,6 Mrd. US-Dollar	2,5 Millionen
Gesamt	27,1 Mrd. US-Dollar	5 Millionen

⁷ Siehe Anhang 2 zu den Quellen und Details zu dieser Kostenschätzung.

Selbstverständlich kann Geld allein die Armut in der Welt nicht überwinden, aber ohne Unterstützung durch die reichen Länder werden in den ärmsten Ländern Fortschritt und nachhaltige Entwicklung nicht erreichbar sein. Ebenso notwendig sind gute Regierungsführung, faire internationale Handelsregeln, ein Ende kriegerischer Auseinandersetzungen, Schuldenerlass sowie die Abmilderung der Folgen des Klimawandels. Entwicklungshilfe spielt dabei jedoch eine zentrale Rolle.

Und Entwicklungshilfe wirkt. Oxfams Erfahrung und Forschung in vielen Ländern Afrikas und in anderen armen Ländern zeigt deutlich, dass Entwicklungshilfe aus reichen Ländern eine wichtige Rolle dabei spielt, Menschen das Überleben zu sichern, den Schulbesuch von Kindern zu ermöglichen, die Versorgung mit sauberem Wasser zu gewährleisten und Menschen die Möglichkeit zu geben, sich selbst aus der Armut zu befreien. Seit seiner Gründung beim G8-Gipfeltreffen in Japan im Jahr 2000 hat der Globale Fonds zur Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und Tuberkulose bewirkt, dass 780.000 Menschen anti-retrovirale HIV-Behandlung und zwei Millionen Menschen eine Tuberkulosetherapie bekommen haben. Außerdem wurden mehr als 18 Millionen Moskitonetze verteilt, die Familien (insbesondere schwangere Frauen und Kinder) vor Malaria schützen.⁸ Entwicklungshilfe hat die Regierung Tansanias dabei unterstützt, Schulgebühren für den Besuch der Grundschule abzuschaffen. So wurde weiteren 3,5 Millionen Kindern der Schulbesuch ermöglicht. Tansania ist jetzt auf dem richtigen Weg, um die Millennium-Entwicklungsziele im Bildungsbereich zu erreichen. Zudem ist die Zahl der Kinder, die in ihrem ersten Lebensjahr sterben, um fast ein Drittel zurückgegangen. Mit Hilfe deutscher Gelder können Bürger/innen von Sambia ihre Regierung und die öffentlichen Ausgaben kontrollieren.

Außerdem muss die Qualität der Entwicklungszusammenarbeit verbessert werden. Immer noch wird diese an eine Vielzahl von entwicklungspolitisch wenig sinnvollen Bedingungen geknüpft, sie wird häufig verspätet ausgezahlt und an die Abnahme von Waren und Dienstleistungen aus den Geberländern gebunden. Langfristige Entwicklungshilfe hoher Qualität ist weiterhin eine seltene Erscheinung. Oxfam hat errechnet, dass gegenwärtig von einem US-Dollar Entwicklungshilfe lediglich acht Cent flexibel genug eingesetzt werden können, um neue Krankenpfleger/-innen sowie Ärztinnen

⁸ Siehe

www.theglobalfund.org/en/files/about/replenishment/oslo/Progress%20Report.pdf, letzter Zugriff: April 2007.

und Ärzte zu bezahlen.⁹ Dies ist ein Argument dafür, die Entwicklungshilfe zu verbessern und nicht, sie abzuschaffen.

Viel mehr langfristige und flexible Hilfe ist erforderlich, und zwar jetzt. Zahlreiche Studien belegen, dass deutlich erhöhte Finanzmittel sofort von armen Ländern ausgegeben werden könnten,¹⁰ und dass eine Verbesserung der Qualität der Hilfe sofort positive Auswirkungen hätte.

Die weltweite Entwicklungshilfe ist immer noch auf einem historischen Tiefststand. Sie entsprach im Jahr 2006 wie bereits im Jahr 1993 im Durchschnitt nur 0,3% des Bruttonationaleinkommens der reichen Länder. Mit 103 Mrd. US-Dollar macht sie lediglich zehn Prozent der weltweiten Militärausgaben und 25% der Ausgaben der USA für den Krieg im Irak aus.¹¹ Der Betrag entspricht 1,70 US-Dollar für jede Bürgerin und jeden Bürger in den reichen Länder pro Woche.¹² Wenn sämtliche reiche Länder ihre Zusage einhielten, 0,7% des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungshilfe aufzuwenden, würden weltweit jährlich 240 Mrd. US-Dollar für die Armutsbekämpfung bereitstehen.

Die Höhe der Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit ist viel niedriger als die meisten Menschen denken. Eine von Oxfam Deutschland im März 2007 durchgeführte Meinungsumfrage ergab, dass 50% der Deutschen der Ansicht sind, dass ihre Regierung doppelt so viel für Entwicklungshilfe ausgibt als es tatsächlich der Fall ist. In Großbritannien glaubt die Öffentlichkeit, dass die Entwicklungshilfe mehr als doppelt so hoch ist wie der Verteidigungshaushalt.¹³ Wenn die Menschen erfahren, wie gering sie in Wirklichkeit ist, befürwortet die Mehrheit, dass sie erhöht wird. So glauben 71% der Deutschen, dass es entweder wichtig oder sehr

⁹ Oxfam International 2007: Geld für Gehälter: Finanzierung von Fachkräften, um Gesundheit und Bildung für alle zu erreichen, www.oxfam.de

¹⁰ Siehe zum Beispiel: Weltbank April 2007
http://siteresources.worldbank.org/INT/PRS1/Resources/383606-1170086079630/ScalingUp_Newsletter_01.pdf, oder den Bericht der Afrikakommission im Jahr 2005.

¹¹ Siehe http://nationalpriorities.org/index.php?option=com_wrapper&Itemid=182, letzter Zugriff: April 2007. Die globalen Militärausgaben im Jahr 2005 betragen eine Billion US-Dollar, die Ausgaben für den Krieg im Irak belaufen sich bislang auf 416 Mrd. US-Dollar.

¹² Die Gesamtbevölkerung der OECD-Länder wurde mit insgesamt 1,17 Mrd. im Jahr 2005 beziffert, das letzte Jahr, für das Zahlen zur Verfügung stehen. Die Entwicklungshilfe betrug im Jahr 2006 103 Mrd. US-Dollar. Dies ergibt 88 US-Dollar Entwicklungshilfe pro Kopf, oder 1,70 US-Dollar pro Woche.

¹³ Der Verteidigungsetat Großbritanniens macht ungefähr 9% des öffentlichen Haushalts aus. In der Umfrage wurde durchschnittlich geschätzt, dass die britische Regierung 18,5% des Etats für Entwicklungshilfe ausgibt.

wichtig ist, dass Deutschland die im Jahr 2005 eingegangene Zusage einhält, die Hilfe für arme Länder zu verdoppeln. Die G8 sind insgesamt weitaus weniger großzügig als andere reiche Länder – im Durchschnitt geben sie lediglich 87 US-Dollar pro Person für Entwicklungshilfe aus. Zum Vergleich: In Schweden sind es 441 US-Dollar pro Person.

Zahlen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) vom April 2007 zeigen, dass die weltweite Entwicklungshilfe erstmals seit 1997 zurückgegangen ist. Zudem werden die Entwicklungshilfequoten weiterhin durch die entwicklungspolitisch bedenkliche Doppelzählung des Schuldenerlasses deutlich aufgebläht. So haben beispielsweise die Schuldenerlassvereinbarungen für den Irak und Nigeria für die Jahre 2005 und 2006 die Quoten um ungefähr 15% anschwellen lassen, obwohl nicht in selbem Umfang zusätzliches Geld für die Armutsbekämpfung in diesen Ländern zur Verfügung stand. Da im Jahr 2007 der Schuldenerlass für Nigeria und den Irak nicht mehr angerechnet werden kann, wird deutlich werden, dass die reale Höhe der Entwicklungshilfe tatsächlich weitaus niedriger als zugesagt ist und die G8-Staaten weit davon entfernt sind, die in Gleneagles vereinbarten Ziele zu erreichen. Tabelle 2 zeigt Berechnungen von Oxfam, nach denen die G8 bei Beibehaltung des derzeitigen Trends und ohne Berücksichtigung des Schuldenerlasses das Ziel, die jährliche Entwicklungshilfe bis 2010 um 50 Mrd. US-Dollar zu erhöhen, um 30 Mrd. US-Dollar verfehlen würden.¹⁴

Oxfam kritisiert grundsätzlich, dass Schuldenerlasse in die Entwicklungshilfequoten eingerechnet werden. Selbstverständlich ist der Schuldenerlass für arme Länder von entscheidender Bedeutung. Die wichtige Frage ist jedoch, wie er berücksichtigt wird. Bei Entwicklungshilfe und Schuldenerlass handelt es sich um zwei unterschiedliche Dinge. Es sind zwei verschiedene Maßnahmen reicher Länder, die zwei verschiedene Finanzierungsquellen für Kliniken, Klassenräume, Brunnen und Toiletten darstellen. Auf der Konferenz der Vereinten Nationen zur Entwicklungsfinanzierung im mexikanischen Monterrey im Jahr 2002 versprachen die Geberländer, den Schuldenerlass nicht länger auf die Entwicklungshilfe anzurechnen. Dennoch wird dies weiter praktiziert.¹⁵

¹⁴ Diese Zahl basiert auf der Annahme, dass alle anderen OECD-Länder, die keine G8-Mitglieder sind, ihre Zusagen erfüllen. Wenn auch sie dies nicht tun – und in vielen Fällen erscheint dies wahrscheinlich – dann wird ein noch größerer Teil der 50 Mrd. US-Dollar fehlen.

¹⁵ Bei der UNO-Konferenz zur Finanzierung der Entwicklung in Monterrey im Jahr 2002 haben Geberländer und -institutionen die Bedeutung erkannt, „dafür zu sorgen, dass die Ressourcen, die für den Schuldenerlass bereitgestellt werden, nicht von den

Tabelle 2: Entwicklungshilfe im Jahr 2010 – Vergleich zwischen Zusage und Trend¹⁶

	Kumulative Änderung in Prozent seit 2004	Prognose für 2010, falls dieser Trend anhält (in Mrd. US-Dollar)	Niveau an Entwicklungshilfe, das für 2010 zugesagt wurde (in Mrd. US-Dollar)	Differenz zwischen Zusage und Trend (in Mrd. US-Dollar)
Kanada¹⁷	14,6%	3,8	3,6	0,15
Frankreich	-0,6%	6,6	14,2	-7,6
Deutschland	6,9%	8,5	15,6	-7
Italien	-16,6%	1,4	9,5	-8,1
Japan	3,5%	9,6	12	-2,4
Großbritannien	23,6%	13,2	14,9	-1,6
USA	4,0%	21,6	24	-2,4
G7 gesamt	5,9%	63,4	93,7	-30,3

(Unstimmigkeiten in den Summen gehen auf Rundungsdifferenzen zurück; Anhang 1 enthält detaillierte Zahlen. Sämtliche Zahlen ohne Schuldenerlass und in konstanten US-Dollar-Preisen von 2004.)

Der Preis des gebrochenen Versprechens ist hoch. Nach Berechnungen von Oxfam und ActionAid wären die

Entwicklungshilferessourcen, die den Entwicklungsländern zur Verfügung stehen sollen, ablenken.“

¹⁶ Die Zahlen sind gerundet, es können Rundungsdifferenzen in den Summen entstehen. Siehe Anhang 1 für eine detaillierte Aufschlüsselung der Zahlen. Alle Zahlen sind abzüglich Schuldenerlass und im Wert des US-Dollar von 2004 berechnet. Die von Oxfam vorhergesagten Fehlbeträge kommen aufgrund der Einschätzung zustande, dass die von den G8 bis zum Jahr 2010 versprochenen Erhöhungen der Entwicklungshilfe aus den in diesem Papier dargelegten Gründen nicht durch Schuldenerlasse erreicht werden sollten.

¹⁷ Kanada ist das einzige Land, das Kurs auf die Einhaltung seiner Zusage hält. Allerdings liegt dies größtenteils daran, dass die zugesagte Erhöhung im Vergleich zu den Zusagen der übrigen G8-Mitglieder, insbesondere der EU-Mitgliedstaaten, sehr niedrig war. Im Jahr 2006 hat sich Kanada lediglich dazu verpflichtet, bis zum Jahr 2010 den Durchschnittswert aller OECD-Länder zu erreichen (gemessen am Prozentsatz des Bruttonationaleinkommens, der für Entwicklungshilfe ausgegeben wird). Trotz großem öffentlichen Drucks hat sich die kanadische Regierung bislang geweigert, einen Zeitplan zum Erreichen des 0,7%-Ziels aufzustellen. Die Zahlen zu den Zusagen entstammen Schätzungen des Entwicklungsausschusses der OECD, sie sind im Wert des US-Dollar von 2004 berechnet. Weitere Informationen sind erhältlich unter: <http://www.oecd.org/dataoecd/52/18/37790990.pdf>.

Entwicklungshilfezahlen im Jahr 2006 insgesamt um 7,8 Mrd. US-Dollar höher gewesen, wenn die G8-Länder einen klaren Kurs eingeschlagen hätten, um ihre Zusagen einzuhalten. Dieser Betrag würde ausreichen, um 62 Millionen Kindern den Schulbesuch zu ermöglichen.¹⁸

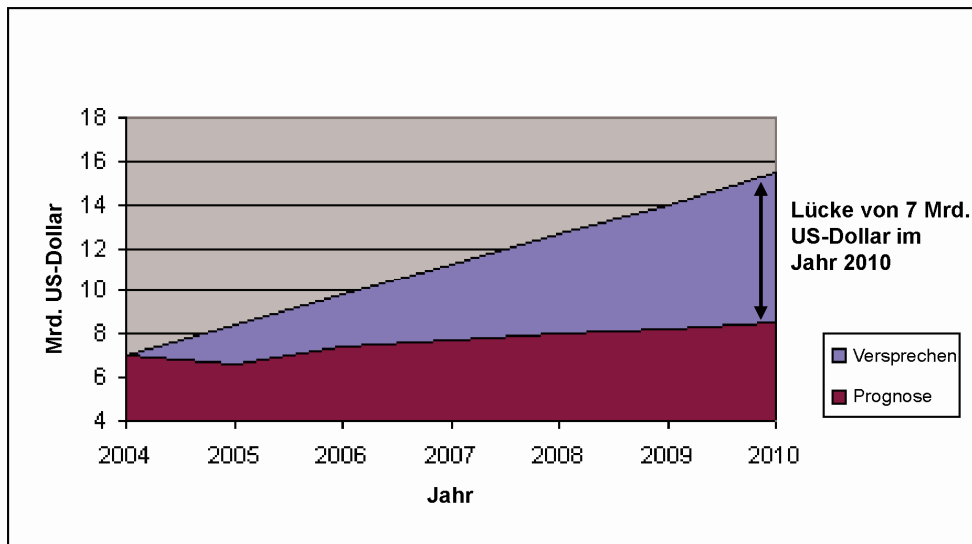
Im Jahr 2006 ist das Entwicklungshilfeniveau nach Abzug des Schuldenerlasses in fünf der G7-Länder gesunken. Nach einer unzureichenden Erhöhung im Jahr 2005 war Großbritannien das einzige G8-Land, das im Jahr 2006 seine Entwicklungshilfe deutlich erhöht hat. Auch Deutschland weist nach einem Minus von 5,5 Prozent im Jahr 2005 im Jahr 2006 einen vergleichsweise kräftigen Zuwachs von fast 13 Prozent (nach Abzug des Schuldenerlasses) auf. Das ergibt für Deutschland für die beiden genannten Jahre einen Zuwachs von insgesamt 6,9 Prozent. Dieser Schritt geht zwar in die richtige Richtung, aber er macht noch nicht einmal die Hälfte der 14-prozentigen jährlichen Erhöhung aus, die erforderlich wäre, um Kurs auf die Einhaltung der Zusagen zu halten.¹⁹ Es ist an Bundeskanzlerin Merkel, als G8-Vorsitzende in diesem Jahr mit gutem Beispiel voranzugehen und den Entwicklungsetat für das Jahr 2008 deutlich aufzustocken. Darüber hinaus wird von der Bundesregierung erwartet, dass sie die jährlichen Schritte und Maßnahmen zur Erhöhung der Entwicklungshilfe auf 0,51% des Bruttonationaleinkommens bis 2010 und 0,7% bis 2015 darlegt.²⁰

¹⁸ Die Entwicklungshilfe, die erforderlich ist, damit die verbleibenden 80 Millionen Kinder, die nicht zur Schule gehen, die Schule besuchen können, wird auf 10 Mrd. US-Dollar jährlich geschätzt. Dies bedeutet, dass mit zusätzlichen 7,8 Mrd. US-Dollar jährlich ungefähr 62 Millionen dieser Kinder zur Schule gehen könnten.

¹⁹ Mit durchschnittlich nur 6,4% seit dem Jahr 2004 wird die deutsche Entwicklungshilfe nun um 20% pro Jahr ansteigen müssen, um das bis 2010 gesetzte Ziel zu erreichen.

²⁰ Dies ist die Zusage, die sämtliche der ursprünglichen EU-15-Staaten im April 2005 gemacht haben. Danach wollen sie alle ein Mindestniveau ihrer Entwicklungshilfe von 0,51% des Bruttonationaleinkommens bis zum Jahr 2010 erreichen. Von der Erhöhung der jährlichen Entwicklungshilfe um 50 Mrd. US-Dollar bis 2010, die von der G8 zugesagt wurde, stammen 40 Mrd. US-Dollar aus dieser EU-Verpflichtung.

Abb. 2: Die deutsche Entwicklungshilfe – Defizit 2010



Auch die anderen G7-Länder sind weit davon entfernt, ihre Zusagen einzuhalten. Im Gegenteil: Einige Länder haben ihre Hilfsgelder sogar reduziert. Nach Abzug des Schuldenerlasses fiel die japanische Entwicklungshilfe im Jahr 2006 um zehn Prozent gegenüber 2005. Japans Zusagen beim G8-Gipfeltreffen in Gleneagles – insgesamt 10 Mrd. US-Dollar mehr und eine Verdoppelung der Hilfe für Afrika – werden damit konterkariert. Japan wird im nächsten Jahr den G8-Vorsitz führen und dann beträchtlich in Verlegenheit kommen – es sei denn, die japanische Regierung kehrt diesen Trend zügig um.

Die Entwicklungshilfe Italiens fiel von 2005 auf 2006 um 41%, ein Skandal für ein Land, das trotz wirtschaftlicher Schwierigkeiten immer noch die siebtgrößte Volkswirtschaft der Welt darstellt. Die Entwicklungshilfe der USA fiel im genannten Zeitraum um 13% und macht lediglich 0,17% des US-amerikanischen Bruttonationaleinkommens aus, wodurch die USA – daran gemessen – wieder auf den letzten Platz unter den G7-Ländern zurückfallen. Die kanadische Entwicklungshilfe fiel um 3,5%. Kanada ist zwar – legt man den Trend der letzten beiden Jahre zugrunde – dennoch auf Kurs, die zugesagten Erhöhungen umzusetzen, aber nur weil das Land sehr wenig versprochen hatte. Die französische Entwicklungshilfe ging nach Abzug des Schuldenerlasses in den vergangenen zwei Jahren zurück. Frankreich hatte zuvor innerhalb der G8 die Führungsrolle übernommen, indem es das 0,7%-Ziel bis 2012 erreichen wollte, aber diese Führungsrolle ist durch die

gesunkene Entwicklungshilfe ernsthaft beschädigt worden. Präsident Sarkozy wird beim G8-Gipfel erklären müssen, welche spezifischen Schritte Frankreich unternehmen wird, um wieder auf den richtigen Kurs zu kommen.

Die Situation in Afrika

Afrika ist noch immer der Kontinent, auf dem Menschen größte Not leiden, und auf dem dramatische Menschenrechtsverletzungen stattfinden. Die täglichen Schlagzeilen über Darfur und Simbabwe führen dies deutlich vor Augen. In Afrika profitieren weiterhin nur sehr wenige Menschen von der Ausbeutung natürlicher Ressourcen.

Anders als es viele Medienberichte suggerieren, hat sich allerdings die Situation in vielen Ländern Afrikas in den letzten Jahren gebessert, und vieles gibt Anlass zur Hoffnung. In den vergangenen drei Jahren war das Wirtschaftswachstum in afrikanischen Ländern das höchste in mehr als drei Jahrzehnten. Im Jahr 2006 betrug es 5,6%.²¹ Gleichzeitig investieren viele Länder das im Zuge des Wirtschaftsaufschwungs zusätzlich in den Staatshaushalt fließende Geld in höhere Ausgaben für öffentliche Dienstleistungen. Mosambik hat seine Bildungsausgaben verdoppelt. In Benin, Burkina Faso, Madagaskar, Malawi, Mosambik, Tansania und Sambia waren Ausgabenerhöhungen für die Ausbildung und Einstellung von Lehrkräften festzustellen.

Uganda hat Gebühren für Gesundheitsdienstleistungen im Jahr 2001 abgeschafft. Diese Maßnahme wurde durch anhaltende Erhöhungen der Investitionen im Gesundheitswesen unterstützt, das Gesundheitsbudget stieg zwischen 2000/2001 und 2003/2004 um 19%.²² Die Weltbank hat festgestellt, dass „Ausgaben zur Armutreduzierung viel schneller gewachsen sind als die öffentlichen Ausgaben insgesamt“. Dies verdeutlicht, dass die Regierungen in zunehmendem Maße ihrer Verantwortung, die Armut zu bekämpfen, gerecht werden.²³ Es kann noch viel mehr getan werden, aber dieser Fortschritt, der positive Auswirkungen auf das Leben von Millionen Menschen hat, sollte anerkannt werden.

²¹ IWF 2005: *Update on the Assessments and Implementation of Action Plans to Strengthen Capacity of HIPC's to Track Poverty-Reducing Public Spending*, <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2005/041205a.htm>

²² Oxfam International 2007: Geld für Gehälter: Finanzierung von Fachkräften, um Gesundheit und Bildung für alle zu erreichen, www.oxfam.de

²³ Hinchcliffe, K. 2004: *Notes on the impact of the HIPC initiative on Public Expenditures in Education and Health in African Countries* World Bank Human Development sector, Working Paper.

Während viele afrikanische Regierungen beginnen, sich stärker dem Kampf gegen die Armut zu widmen, hat die überwiegende Mehrheit der reichen Länder es versäumt, die Entwicklungshilfe für Afrika zu erhöhen, obwohl sie zugesagt hatten, dies zu tun. Nach Abzug des Schuldenerlasses ist die Entwicklungshilfe für Afrika im vergangenen Jahr kaum gestiegen und bleibt auf einem Niveau von ungefähr 21,5 Mrd. US-Dollar. Um das Ziel von 50 Mrd. US-Dollar bis 2010 zu erreichen, sind jedoch jährliche Steigerungen von 19% erforderlich, und die Entwicklungshilfe für Afrika müsste schon heute mindestens 26 Mrd. US-Dollar betragen.

Die deutsche Regierung setzt im Rahmen der G8-Präsidentschaft Schwerpunkte hinsichtlich der Frage, welche Maßnahmen mehr Privatinvestitionen und Wachstum in Afrika fördern könnten. Am besten könnten die G8 dies tun, indem sie auf eine Handelsvereinbarung drängen, von der die afrikanischen Länder profitieren würden. Stattdessen nutzen die G8-Staaten ihren Einfluss, um eine größere Handelsliberalisierung und stärkeren Zugang zu den afrikanischen Märkten zu erreichen, während sie weiterhin ihre eigenen Märkte in wichtigen Bereichen vor dem Wettbewerb mit afrikanischen Exporten schützen. Baumwollbauern/bäuerinnen in Mali müssen noch immer mit hoch subventionierten US-amerikanischen Baumwollbauern/bäuerinnen konkurrieren. Und dies ist nur ein Beispiel für unfairen Wettbewerb. Die Europäische Union (EU) trifft an der derzeitigen Situation im internationalen Handel besondere Schuld, da sie versucht, die Verhandlungen zu einem neuem Abkommen im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) dadurch zu unterlaufen, dass sie mit Gruppen von afrikanischen Ländern regionale Wirtschaftspartnerschaftsabkommen verhandelt. Wenn diese Abkommen geschlossen werden, werden sie viel weiter gehen und viel strengere Anforderungen bezüglich des Liberalisierungsgrades und des Marktzugangs an die afrikanischen Länder stellen, als das, was im Rahmen der WTO-Verhandlungen diskutiert wird.²⁴

Chinesische Investitionen in Afrika sind rapide angestiegen, und auch andere neue Investoren wie etwa Indien werden zunehmend in Afrika aktiv. Die Qualität und Auswirkungen dieser Investitionen sind alles andere als klar, und sie variieren enorm von Land zu Land: von Krediten, um in Sambia oder Ghana Infrastrukturmaßnahmen und industrielle Kapazität aufzubauen bis hin zu Unterstützung mit verhältnismäßig wenigen Bedingungen für Regime wie

²⁴ TWN Africa and Oxfam International 2007: *A Matter of Political Will. How the European Union can maintain market access for African, Caribbean and Pacific countries in the absence of Economic Partnership Agreements*

beispielsweise im Sudan, die oft wenig Respekt für die Menschenrechte zeigen. Die große Mehrheit dieser Investitionen wird in Form von Krediten mit niedrigen Zinsen getätigt, was zu neuen Befürchtungen über eine zunehmende Verschuldung der Empfängerländer führt.

Den Kampf gegen die Korruption gewinnen

Die Debatte über Entwicklungshilfe für arme Länder polarisiert. Viele Menschen glauben, dass Entwicklungshilfe für arme Länder nicht funktionieren kann, da sie zum großen Teil missbraucht und durch Korruption verschwendet wird. Diese Sicht beruht häufig auf Vorgängen in der Vergangenheit, als Entwicklungshilfe vielfach ohne besondere Kontrolle über ihre Verwendung an korrupte Diktatoren gegeben wurde. Es kam zu Verschwendung und Zweckentfremdung. Diese Erfahrungen tragen zur Skepsis gegenüber der Entwicklungszusammenarbeit bei. Die Wirklichkeit hat sich jedoch wesentlich verändert. Heute fließt der Großteil der Mittel in nationale Pläne zur Armutsbekämpfung, und die Ausgaben werden genau kontrolliert.

Dennoch lässt sich nicht leugnen, dass es auch heute noch Fälle gibt, in denen Entwicklungshilfe missbraucht wird. Die größten Probleme bestehen in Ländern mit undemokratischen Regierungen, die über reiche Ressourcenvorkommen verfügen, in denen die Rechenschaftspflicht minimal und damit die Möglichkeiten für Korruption sehr groß sind.

Wenn Korruption im Zusammenhang mit Entwicklungszusammenarbeit aufgedeckt wird, sollte das Problem sofort angegangen werden, was auch geschieht. Zum Beispiel hat der Globale Fonds zur Bekämpfung von HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria seine Zuschüsse an die ugandische Regierung im Jahr 2005 aufgrund von Korruptionsvorwürfen ausgesetzt. Oxfam kann sich auf Erfahrungen aus der Arbeit in über 100 Ländern stützen und teilt nicht die Wahrnehmung, dass Entwicklungsarbeit aufgrund von Korruption nicht wirksam sei. In der Tat handelt es sich oft um ein vorgeschobenes Argument und um eine sehr gefährliche Fehlannahme, die die Unterstützung der Öffentlichkeit für den Kampf gegen Armut und die Mobilisierung der dafür erforderlichen finanziellen Ressourcen unterminieren kann.

Viele Regierungen arbeiten inzwischen hart daran, Korruption zu bekämpfen und das finanzielle Management zu verbessern. In vielen

Fällen ist der Weg dorthin noch weit. Eine vom IWF in jüngster Zeit durchgeführte Befragung in Ländern, die Schuldenerlass erhalten, kam zu dem Ergebnis, dass mittlerweile 60% der Regierungen innerhalb von zwei Monaten nach Ende des Haushaltsjahres den Jahresabschluss machen. Dies sind deutlich mehr als im Jahr 2002 (32%). Ein weiteres Ergebnis derselben Befragung war, dass die Ausgaben für die Armutsbekämpfung in diesen Ländern seit 2002 um 33% erhöht wurden. Dies ist letztendlich das wichtigste Kriterium dafür, ob Gelder dort ankommen, wo sie es sollen.²⁵

Die G8 und andere reiche Länder müssen zudem mehr tun, um die „Angebotsseite“ der Korruption zu bekämpfen: Exportkreditagenturen, Unternehmen und Einzelpersonen, die entweder Schmiergelder zahlen oder solche Zahlungen tolerieren. Eine Schätzung der Weltbank aus dem Jahr 2004 besagt, dass mehr als 60% der multinationalen Unternehmen undokumentierte Schmiergelder in Nicht-OECD-Ländern zahlten, um Aufträge zu akquirieren.²⁶ Sämtliche OECD-Länder sollten die UN-Konvention gegen Korruption ratifizieren und die volle Einhaltung der OECD-Konvention hinsichtlich der Bestechung ausländischer Hoheitsträger sicherstellen.

Entwicklungshilfe spielt auch eine Schlüsselrolle im Kampf gegen die Korruption – durch sie können die Ausbildung von Jurist/innen finanziert, eine freie Presse unterstützt und die Gehälter von Polizist/innen und anderen Angestellten im öffentlichen Dienst erhöht werden. Kurz: Entwicklungshilfe kann dabei helfen, die einzige langfristige Lösung zur Verhinderung von Korruption zu etablieren: effektive öffentliche Grunddienstleistungen und starke demokratische Institutionen, gestützt durch aktive und gut informierte Bürger/innen, die sich weigern, unredliche Bereicherung zu tolerieren. Es sind die Bürger/innen der armen Länder selbst, die Korruption am besten bekämpfen können. Zum Beispiel betreibt die SEND-Stiftung in Ghana Überwachungskomitees, denen Bürger/innen in armen nördlichen Distrikten angehören. Diese Komitees stellen sicher, dass Gelder aus dem Schuldenerlass effektiv ausgegeben werden und nicht durch Korruption verloren gehen.

In Situationen, in denen Korruption entdeckt wird, sollte die vollständige Aussetzung der Entwicklungshilfe für ein Land immer nur ein letztes Mittel sein. Gelder können vielmehr auch direkt an

²⁵ IWF 2005: *Update on the Assessments and Implementation of Action Plans to Strengthen Capacity of HIPC's to Track Poverty-Reducing Public Spending*, <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2005/041205a.htm>

²⁶ Siehe Weltbank http://www.worldbank.org/wbi/governance/pdf/icac_hk_survey_results_5_06.pdf

Schulen oder Kliniken gezahlt oder durch zivilgesellschaftliche Gruppen oder die Vereinten Nationen für Entwicklungsaufgaben eingesetzt werden. Arme Menschen sollten nicht für das Fehlverhalten ihrer politischen Führung bezahlen müssen.

Schließlich darf Korruption nicht als Ausrede für weitere Tatenlosigkeit seitens der G8 herhalten. Stattdessen müssen die Fortschritte von Ländern anerkannt werden. Ein Beispiel: Mali erreichte als das Land mit dem besten Finanzverwaltungssystem einen Spitzenplatz in der Studie des IWF und der Weltbank. Trotzdem erhält Mali zu wenig Entwicklungshilfe und könnte weitaus mehr aufnehmen. Ein Viertel aller Kinder in Mali sterben vor ihrem fünften Geburtstag, und 8 von 10 Frauen können nicht lesen.

Mittel für lebenswichtige Grunddienstleistungen und humanitäre Hilfe fehlen

Da die Entwicklungshilfe stagniert, können lebenswichtige Grunddienstleistungen in den Bereichen Bildung, Gesundheitsfürsorge, HIV/AIDS, Wasserversorgung und Hygienemaßnahmen nicht finanziert werden. Tabelle 3 und Kasten 1 zeigen dies deutlich.

Tabelle 3: Defizite in der Finanzierung von lebenswichtigen Grunddienstleistungen (in Mrd. US-Dollar)

	Erforderliche Entwicklungs- hilfe	Geleistete/ zugesagte Entwicklungs- hilfe	Fehlbetrag
Grundschulbildung²⁷	16	3	13
Gesundheitsfürsorge²⁸	27	6	21
HIV/Aids²⁹	20	10	10
Wasserversorgung und Hygienemaßnahmen³⁰	30	15	15

²⁷ Zahlen aus: Globale Bildungskampagne, School Report 2007.

²⁸ Zahlen für das Jahr 2006 von der Kommission für Makroökonomie und Gesundheit der WHO

²⁹ Zahlen für das Jahr 2006 von UNAIDS.

³⁰ Zahlen von Water Aid.

Kasten 1: Der Preis eines gebrochenen Versprechens in Mosambik – eine Million Kinder gehen nicht zur Schule

Die Grundschulbildung nimmt bei der Armutsbekämpfung und der Förderung von Bildung für alle eine Schlüsselrolle in der Strategie der Regierung Mosambiks ein. Mosambik hat in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte bei der Verbesserung des Zugangs zur Grundschulbildung gemacht. Allerdings: *etwa eine Million Kinder im schulpflichtigen Alter gehen immer noch nicht zur Schule* – die meisten davon Mädchen. Die Klassenstärke beträgt derzeit durchschnittlich 80 Schüler/innen. Viele Lehrkräfte werden voraussichtlich bis zum Jahr 2010 an HIV/Aids sterben, und für den Zeitraum von 2005 bis 2009 wird der durchschnittliche jährliche Bedarf an neuen Grundschullehrkräften auf etwa 7.000 geschätzt.

Als Teil der Fast-Track-Initiative „Bildung für Alle“ hat Mosambik einen umfassenden Plan für den Bildungsbereich entwickelt. *Die Finanzierungslücke bei der Umsetzung dieses Plans wird für den Zeitraum von 2005 bis 2009 auf 527 Millionen US-Dollar geschätzt, oder etwas mehr als 100 Millionen US-Dollar pro Jahr.* Wenn die zugesagte Entwicklungshilfe auch tatsächlich ausgezahlt würde, könnte diese Finanzlücke mühelos geschlossen werden.

Quelle: Globale Bildungskampagne

Gesundheitsfürsorge und die Bekämpfung von HIV/Aids

Jeden Tag müssen Menschen in Entwicklungsländern auf lebensnotwendige Leistungen und Dinge verzichten, um für sich und ihre Familien Medikamente zu kaufen oder für Gesundheitsfürsorge zu bezahlen. Sie müssen die Wahl treffen zwischen Lebensmitteln und Gesundheitsfürsorge und zwischen Bildung und Medikamenten. Sie verkaufen ihr Land und ihr Vieh und verschulden sich. Die Weltbank schätzt, dass 100 Millionen Menschen jedes Jahr aufgrund der Kosten für Gesundheitsfürsorge verarmen. 60% dieser Kosten fallen für Medikamente an. Frauen sind die Hauptleidtragenden der hohen Kosten: Wenn ein Familienmitglied krank wird, nehmen zumeist Frauen die zusätzliche Last der Krankenpflege auf sich. Sie nehmen oftmals mit Kosten verbundene Gesundheitsfürsorge erst dann für sich selbst in Anspruch, wenn der Rest der Familie bereits versorgt wurde und ihre eigene medizinische Versorgung dann noch finanziert werden kann.

Die Bundesregierung hat HIV/ Aids und die Unterstützung für die Gesundheitsfürsorge in Afrika auf die Tagesordnung des G8-Gipfels gesetzt. Das ist wichtig, denn es muss dringend gehandelt werden: Im Jahr 2005 haben sich die G8 verpflichtet, bis zum Jahr 2010 den Zugang zu Prävention, Behandlung und Pflege für alle zu gewährleisten. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen sie durch

massive Erhöhungen einer langfristig angelegten Entwicklungshilfe kostenlose Grunddienstleistungen im Bereich der Gesundheitsfürsorge sowie kostenlose Behandlung unterstützen.

In fast allen armen Ländern erhält man Gesundheitsfürsorge nur dann, wenn man sie auch bezahlen kann. Die G8 müssen ein klares Signal an diese Länder senden, dass ihnen die notwendigen Hilfgelder zur Verfügung gestellt werden, wenn sie alle Gebühren für Grunddienstleistungen der Gesundheitsfürsorge abschaffen. Länder, die Gesundheitsfürsorge kostenlos anbieten, zum Beispiel Uganda, haben massive Fortschritte beim Zugang zu diesen Leistungen erreicht – in manchen Fällen Zuwächse um 100% bei der Inanspruchnahme von Kliniken.³¹ Um die Versorgung mit Medikamenten in armen Ländern zu gewährleisten, müssen die G8 zudem alle Entwicklungsländer in ihrem Recht bestärken, Sicherungsmaßnahmen in Handelsvereinbarungen, die den Import oder die Produktion erschwinglicher Medikamente absichern, zu nutzen.

In den letzten Jahren wurde dem Gesundheitssektor in Entwicklungsländern seitens der G8 und anderen Geberländern und -institutionen erhebliche Aufmerksamkeit gewidmet. Dies ist einerseits gut und wichtig, da dadurch die Finanzierung erhöht und medizinische Behandlung ausgeweitet wurde. Andererseits leidet der Bereich Gesundheit mittlerweile unter einer ausufernden Zahl von über 100 verschiedenen Akteuren, die sich minimal miteinander koordinieren.³² Gleichzeitig fehlt das Geld für die grundlegenden Bausteine eines starken Gesundheitssystems, insbesondere für die 4,25 Millionen Gesundheitsfachkräfte, die in Entwicklungsländern gebraucht werden, um eine Basisgesundheitsfürsorge für alle Menschen zu gewährleisten. Die deutsche Bundesregierung sollte sich für eine Vereinbarung der G8 einsetzen, die darauf abzielt, jedes Land, das Entwicklungshilfe empfängt, aufzufordern, einen nationalen Plan für den Gesundheitssektor zu erstellen. In diesem Plan ist festzulegen, wie viele Gesundheitsfachkräfte benötigt werden und welche weiteren Investitionen erforderlich sind. Die Geberländer sollten dann ihre Entwicklungshilfe im Rahmen dieser Pläne koordinieren und sicherstellen, dass die Entwicklungshilfe dementsprechend erhöht wird, so dass kein Plan unterfinanziert bleibt. Auf globaler Ebene sollten diese Pläne von der Weltgesundheitsorganisation bestätigt und ihre Umsetzung

³¹ Oxfam International 2004: *Im Interesse der Allgemeinheit*, www.oxfam.de

³² Siehe Weltbank, IDA, Aid Architecture: *An Overview of the main trends in Official Development Assistance Flows*, Februar 2007

kontrolliert werden, mit entsprechender Wiedervorlage bei jedem G8-Gipfeltreffen.

Medikamente müssen armen Menschen zu erschwinglichen Preisen zur Verfügung gestellt werden. Die beste Möglichkeit, dies zu tun, ist durch die Produktion von Nachahmer-Arzneien den Wettbewerb zu fördern. Diese sogenannten Generika werden nicht vom Patentinhaber und damit zu einem günstigeren Preis produziert. Erwiesenermaßen ist dies die einzige Methode, um Medikamentenpreise auf nachhaltige Weise zu reduzieren. Aber die derzeit geltenden internationalen Handelsregeln, insbesondere die Regelungen im Abkommen über handelsbezogene Aspekte des geistigen Eigentums (TRIPS) der Welthandelsorganisation (WTO), führen weiterhin dazu, dass Pharmaunternehmen Monopolschutz für Medikamente erhalten und so den Wettbewerb durch Generika verhindern können. Dies hat hohe Preise zur Folge, wodurch Medikamente in armen Ländern außer für eine kleine Elite unerschwinglich bleiben.

Auch weltweiter Kampagnenarbeit ist es zu verdanken, dass das TRIPS-Abkommen armen Ländern verschiedene Schutzmaßnahmen und Ausnahmen zum Schutz der öffentlichen Gesundheit erlaubt. Sie dürfen sicherstellen, dass die Regelungen sie nicht daran hindern, Generika zu beschaffen, sowohl für Infektionskrankheiten wie HIV/Aids als auch für nicht ansteckende Krankheiten, darunter Diabetes und Krebs.

Dennoch ziehen verschiedene G8-Länder in Erwägung, insbesondere die USA, diese Ausnahmeregelungen abzuschaffen. Sie umgehen die WTO, um direkt bilaterale und regionale Vereinbarungen mit ärmeren Ländern zu verhandeln. In diesen Vereinbarungen bestehen sie auf strengeren Regelungen zum Schutz des geistigen Eigentums, die Schutzmaßnahmen für den Wettbewerb durch Generika unterbinden. Dieser stellt aber sicher, dass Medikamente für lebensbedrohliche Krankheiten erschwinglich sind. Alle G8-Länder, die Freihandelsabkommen abgeschlossen haben oder derzeit neue Abkommen verhandeln, müssen damit aufhören, armen Ländern Bedingungen aufzuzwingen, die den Zugang zu Generika blockieren.

Oxfam begrüßt daher Bekundungen der britischen und französischen Regierungen, die das Recht Thailands auf die Verwendung von Schutzmechanismen unterstützen. Damit könnten wichtige Medikamente erschwinglich und für arme Menschen zugänglich gemacht werden. Aber es muss mehr getan werden. Die G8 sollten das Recht aller Entwicklungsländer, derartige Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Gesundheit aufrecht zu erhalten und anzuwenden, ausdrücklich unterstreichen.

Humanitäre Hilfe

Geschätzte 46 Millionen Menschen weltweit sind von Naturkatastrophen oder bewaffneten Auseinandersetzungen betroffen. Für viele reicht die Hilfe, die sie erhalten, nicht aus, und sie kommt oftmals zu spät. Die Finanzierungslücke im Bereich der humanitären Hilfe ist enorm: Im Jahr 2006 wurden nur 63% der gesamten erforderlichen Finanzierung für die Nothilfe-Spendenaufrufe der Vereinten Nationen (Consolidated Appeals Process - CAP) erfüllt. Die Lücke beträgt damit fast 1,7 Mrd. US-Dollar. Die sogenannten vergessenen Krisen, die nicht oder kaum in den Medien erwähnt werden, sind am stärksten betroffen: Beispielsweise erhielt der CAP für das „Horn von Afrika“ weniger als 40% der angeforderten Mittel – größere Armut und eine steigende Zahl an Todesfällen waren das Resultat.

Im März 2006 wurde ein bedeutender Schritt nach vorn gemacht: Der Ständige Nothilfefonds der Vereinten Nationen (CERF) wurde ins Leben gerufen. Der CERF schafft einen Pool an Ressourcen, die es der UNO ermöglichen, schnell und angemessen auf alle humanitären Krisen zu reagieren. Die Mittel des CERF sollen zusätzlich zu bestehenden Mitteln für Nothilfe aufgebracht werden, er soll sie nicht ersetzen. Das System funktioniert: Seit seiner Gründung wurden aus dem CERF bereits 259,3 Mio. US-Dollar (von insgesamt 299 Mio. US-Dollar) für mehr als 331 Projekte in 35 Ländern bereitgestellt.

Der CERF hat sich also bereits in mehreren Krisen bewährt. Dennoch ist es noch ein sehr weiter Weg, bis die Finanzierungslücke im Bereich der globalen humanitären Hilfe geschlossen ist. Die Unterschiede bei den Beitragszahlungen der einzelnen Geberländer und -institutionen zum CERF sind gewaltig. Lediglich ein einziges G8-Mitglied, Großbritannien, hat einen angemessenen Anteil überwiesen. Deutschland, Italien, Frankreich, Japan und die USA haben – wenn überhaupt – winzige Beträge gezahlt.

Die G8 müssen den Gipfel in Heiligendamm nutzen, um substanzielle Erhöhungen im Bereich der humanitären Hilfe zu vereinbaren. Diese Hilfe muss qualitativ hochwertig, rasch verfügbar, berechenbar und langfristig angelegt sein. Deutschland sollte eine Führungsposition einnehmen, indem es dem CERF baldmöglichst einen seiner Wirtschaftskraft angemessenen Beitrag zur Verfügung stellt. Dieser entspräche 40 Mio. US-Dollar.³³

³³ Deutschland hat bislang 6,65 Mio. US-Dollar an den CERF gezahlt, was 16% seines Anteils ausmacht. Um seinen angemessenen Anteil zu erreichen, sollten die Zahlungen in diesem Jahr auf 40 Mio. US-Dollar erhöht werden.

Frieden, Sicherheit und Waffenhandel

Das Thema „Frieden und Sicherheit“ wird bei den G8-Diskussionen zu Afrika einen hohen Stellenwert einnehmen. Wenn Worten Taten folgen sollen, müssen die G8 ihren ganzen Einfluss nutzen, um in Darfur und anderen Krisenregionen die Zivilbevölkerung zu schützen und Frieden zu erreichen. Eine zentrale Rolle spielt in diesem Zusammenhang ein internationales Übereinkommen zur Kontrolle des Waffenhandels („Arms Trade Treaty“).

Die Krise in Darfur ist in ihrem vierten Jahr, und die Anzahl der Menschen, die derzeit auf Unterstützung aus dem Ausland angewiesen sind, hat sich seit 2004 auf gegenwärtig fast vier Millionen Menschen verdoppelt. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen erhalten jedoch 900.000 von ihnen keine Unterstützung. Obwohl man nicht erwarten darf, dass die G8 sämtliche Probleme lösen, könnten sie hier viel mehr tun.

Im vergangenen Jahr haben die G8 zugesagt, die Mission der Afrikanischen Union im Sudan (AMIS) weiterhin zu unterstützen – jedoch ohne die besondere Dringlichkeit zu betonen. Im Übrigen erklärten sie, sich für eine potenzielle Operation der Vereinten Nationen bereitzuhalten. Die G8 und andere Staaten haben seit dem letzten G8-Gipfel zu wenig für die Verbesserung der Situation in Darfur getan. In diesem Zeitraum wurden fast 400.000 Menschen vertrieben. AMIS wird notdürftig mit einem zusammengestückelten, kurzfristigen Etat weitergeführt, und es wurde erwartet, dass die Gelder Ende April 2007 erschöpft sein würden. Während AMIS viel mehr leisten könnte und sollte, um die Planung, Durchführung und Glaubwürdigkeit des Einsatzes vor Ort zu verbessern (insbesondere durch vermehrte Patrouillen), beteiligen sich viele G8-Länder nicht ausreichend und langfristig genug an der Finanzierung von AMIS. Der Großteil der Beiträge stammt aus Großbritannien und den USA. Einige G8-Länder müssen interne (haushaltstechnische) Restriktionen überwinden, die die direkte Finanzierung friedenserhaltender Missionen der Afrikanischen Union (AU) behindern. Hingegen bestehen bei Missionen der Vereinten Nationen und der Europäischen Union derartige Einschränkungen nicht.

Geberländer und -institutionen müssen ihre Zahlungszusagen in die Tat umsetzen. Aufgrund stringenter Berichtsverpflichtungen wurde die Auszahlung von Tagegeldern für das Vor-Ort-Personal von AMIS vier Monate lang, von Oktober 2006 bis Januar 2007, ausgesetzt. Obwohl berechtigte Bedenken bezüglich der finanziellen Rechenschaftslegung der AU bestehen, ist anzuerkennen, dass die Afrikanische Union an vorderster Front den Einsatz der internationalen Gemeinschaft in Darfur übernommen hat. Angesichts

dessen sollten Geberländer und -institutionen eine rechenschaftspflichtige Truppe nach Kräften unterstützen. Das Zurückhalten von Zahlungen an das Personal bewirkt nur, die Leistung von AMIS und den Schutz der Zivilbevölkerung zu untergraben.

Aufgrund der zunehmend unsicheren Lage ist es für die humanitären Organisationen so schwierig wie nie zuvor, die Hilfsbedürftigen in Darfur zu erreichen. Der Grund dafür sind Übergriffe auf das Personal und die Ausrüstung (Fahrzeuge, Hilfsgüter etc.) der Hilfsorganisationen. Die G8 müssen ihre diplomatischen Bemühungen besser koordinieren und robuster umsetzen, um die beteiligten Parteien dazu zu drängen, einen Waffenstillstand einzuhalten und humanitäres Völkerrecht zu respektieren. Ansonsten droht sich die humanitäre Katastrophe noch stärker ausweiten. Die Vereinten Nationen haben bereits gewarnt, dass die gesamte Nothilfe in Darfur kollabieren könnte. Die Konzentration der Bemühungen darauf, Unterstützung seitens der Vereinten Nationen für die AU-Mission in Darfur zu sichern (ein schwerfälliges und mittel- bis langfristiges Projekt), hat davon abgelenkt, sich mit den unmittelbaren und dringendsten Problemen vor Ort zu befassen.

Im benachbarten Tschad hat sich die Zahl der Vertriebenen seit dem Gipfeltreffen in St. Petersburg im Jahr 2006 auf über 120.000 verdreifacht. Hinzu kommen 230.000 Flüchtlinge, die bereits zuvor dort gewesen sind. Teilweise sind diese Zahlen darauf zurückzuführen, dass Flüchtlinge aus Darfur die Grenze zum Tschad überqueren. Die internationale Staatengemeinschaft muss den Schutz der Zivilbevölkerung im Tschad umgehend sicherstellen.

Die G8-Staaten haben sich beim Gipfeltreffen in St. Petersburg im vergangenen Jahr auch zur Unterstützung der Initiative der Afrikanischen Union, eine Africa Standby Force (ASF) zu etablieren, verpflichtet. Die ASF soll schnell einsatzfähig sein, um Frieden zu sichern oder durchzusetzen. Während dies offensichtlich ein langfristiges Projekt ist (mit fünf regionalen Brigaden, die bis 2010 aufgebaut werden sollen), das von Afrika selbst geleitet werden muss, gibt es noch immer kaum Anzeichen dafür, dass auch nur die erste Brigade im Jahr 2007 einsatzbereit sein wird. Die Kapazitätsengpässe der AU haben sich aufgrund der ungelösten Darfur-Krise verschlimmert und hindern die Organisation daran, in eine langfristige Strategie für den Kontinent zu investieren und sich auf einen Plan zur Implementierung der ASF zu einigen. Da die G8-Länder größtenteils nicht gewillt sind, das Leben ihres eigenen militärischen Personals bei der Befassung mit den Konflikten Afrikas zu riskieren, müssen sie das Konzept der ASF unparteiisch und mit mehr Nachdruck fördern. Dies erfordert mehr koordinierte

Unterstützung bezüglich Technik, Finanzierung und Ausbildung sowie notwendige Reformen im Bereich der Militärhilfe, die schnelleren Fortschritt ermöglichen würden.

Einigung auf einen konkreten Prozess zur Schaffung eines internationalen Übereinkommens zum Waffenhandel

Beim G8-Gipfeltreffen in St. Petersburg im Jahr 2006 wurde es versäumt, die Verpflichtungen zur Kontrolle des Waffenhandels, die im Jahr 2005 in Gleneagles eingegangen wurden, fortzuschreiben. Es gab keine substanzielle Erklärung zur Verhinderung unverantwortlichen Waffenhandels, der bewaffnete Konflikte anheizt sowie Armut und Menschenrechtsverletzungen Vorschub leistet. Allerdings hat die internationale Gemeinschaft seitdem einen bedeutenden Schritt in Richtung Verschärfung der Kontrollen des Handels mit konventionellen Waffen unternommen. Großbritannien, Japan, Frankreich, Kanada und Deutschland haben hierbei eine Schlüsselstellung eingenommen.

Unter der Führung einer kleinen Gruppe von Ländern, darunter die G8-Staaten Japan und Großbritannien, hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen im Dezember 2006 eine Resolution, die den Beginn von Verhandlungen über ein internationales Übereinkommen zum Waffenhandel fordert, mit den Stimmen von mehr als 80% aller Regierungen angenommen. Sechs der G8-Länder haben nicht nur dafür gestimmt, sondern gehören zu jenen Ländern, die die Resolution formell eingebracht haben. (Die USA sind das einzige Land, das gegen die Resolution stimmte, Russland hat sich der Stimme enthalten.) Die Zustimmung, deren Ausmaß einige der skeptischen Regierungen überrascht hat, hat einen formalen Prozess innerhalb der Vereinten Nationen angestoßen, innerhalb dessen die Mitgliedstaaten in den kommenden Jahren die Idee eines umfassenden, rechtlich verbindlichen Übereinkommens zur Kontrolle des internationalen Handels mit konventionellen Rüstungsgütern voranbringen sollen.

Angesichts der überwältigenden Einigkeit über die Notwendigkeit eines internationalen Übereinkommens müssen alle Regierungen nun dafür sorgen, dass ein zukünftiger „Arms Trade Treaty“ auch Substanz erhält, d.h. tatsächlich ein geeignetes Instrument zur Problemlösung darstellt. Nur ein völkerrechtlich verbindliches Übereinkommen, das insbesondere die internationalen Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht beachtet, kann verhindern, dass diejenigen, die systematisch Menschenrechte

verletzen oder die Zivilbevölkerung angreifen, in den Besitz von Waffen kommen.

Sechs der G8-Länder gehören zu den zehn größten Rüstungsexporturen der Welt,³⁴ und alle acht Länder exportieren erhebliche Mengen an großen konventionellen Waffen oder Kleinwaffen. Vor diesem Hintergrund tragen die G8 eine besondere Verantwortung dafür, sich aktiv an der Schaffung eines effektiven Systems globaler Kontrollen zu beteiligen. Beim Gipfeltreffen in Heiligendamm sollten sich die G8 klar und deutlich zu einem rechtlich verbindlichen internationalen Übereinkommen zur Kontrolle des Waffenhandels bekennen.

Gerechte Regeln zum internationalen Handel sind noch immer außer Reichweite

Die WTO ist das Hauptforum für die Reform der internationalen Handelsregeln, aber bis heute ist es nicht gelungen, in ihrem Rahmen das Versprechen auf entwicklungsfördernde Handelsregeln einzulösen. Die WTO-Regeln geben den ärmsten Ländern keine Chance, im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig zu sein und die Vorzüge des Handels für ihre Entwicklung zu nutzen. Eine Reform auf der multilateralen WTO-Ebene ist zwingend erforderlich. Achtzehn Monate nach dem WTO-Ministertreffen in Hongkong Ende 2005 unternehmen die reichen Länder der Welt noch immer nicht die mutigen politischen Schritte, die erforderlich sind, um bei der WTO eine Einigung zu erzielen. Die Verhandlungen stocken und schleppen sich dahin, und ohne neues politisches Engagement wird sich daran nichts ändern.

Obwohl die derzeitige WTO-Verhandlungsrunde (sogenannte Doha-Runde) zur „Entwicklungsrunde“ ernannt wurde, hat das Thema Entwicklung in den Verhandlungen an Bedeutung verloren. Mit jedem Monat, der vergeht und in dem zunehmend Verhandlungssitzungen stattfinden, von denen die große Mehrheit der Entwicklungsländer ausgeschlossen ist, schwindet die Möglichkeit, entwicklungsfreundliche internationale Handelsregeln zu erarbeiten. Das Worst Case-Szenario wäre eine bilaterale Vereinbarung zwischen der EU und den USA, die vor allem ihren eigenen Interessen entgegenkommt. Unter dem Druck einer

³⁴ In absteigender Reihenfolge: USA, Großbritannien, Frankreich, Russland, Deutschland und Italien.

ablaufenden WTO-Verhandlungsfrist könnte die Zustimmung der Mehrheit der WTO-Mitglieder für eine solche Vereinbarung forciert werden.

Sollte dies Realität werden, ist es wahrscheinlich, dass Entwicklungsländer nur minimale Ergebnisse bei den für sie zentralen Themen erzielen, etwa die Reduzierung von Dumping, und dennoch würde man von ihnen erwarten, dass sie dafür Zugeständnisse an die reicheren Staaten machen, indem sie größeren Zugang zu ihren Märkten zulassen, insbesondere bei Industriegütern, Dienstleistungen und verarbeiteten Lebensmitteln. Dies würde bedeuten, dass sich im Aufbau befindliche Branchen und Dienstleistungen in Entwicklungsländern mit denen in Industrieländern konkurrieren müssten – viele wären mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zum Scheitern verurteilt. Die Entwicklung armer Länder würde somit mehr behindert als gefördert.

Mittlerweile wird auch wachsender Druck auf Entwicklungsländer ausgeübt, ihre Märkte für agrarische Güter weiter zu öffnen. Die diesem Druck ausgesetzten Länder benötigen flexible Maßnahmen (sogenannte Sonder- und Vorzugsbehandlung) in der Landwirtschaft, um Ernährungssicherheit und Existenzgrundlagen zu schützen. Bestimmungen zu „Speziellen Produkten“ und ein „Spezieller Schutzmechanismus“ für Entwicklungsländer sind für die Entwicklung von zentraler Bedeutung. Die Entwicklungsländer, die sich in der sogenannten G33 zusammengeschlossen haben und 70% der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte der Welt stellen, brauchen diese flexiblen Maßnahmen, um Ernährungssicherheit, ländliche Entwicklung und Existenzgrundlagen zu sichern. Die Auswirkungen dieser flexiblen Maßnahmen auf den Welthandel wären nicht groß, aber sie könnten dennoch die Existenzgrundlagen von Millionen Menschen schützen.³⁵

Des Weiteren wird auf Entwicklungsländer dahingehend Druck ausgeübt, den Schutz der Interessen ihrer Bäuerinnen und Bauern im Tausch gegen potenzielle künftige Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe oder der Dienstleistungsbranche aufzugeben. Hier werden entwicklungsrelevante Themen von den USA und der EU als Konzessionen eingesetzt statt als entscheidende Komponenten einer entwicklungsfreundlichen Vereinbarung. Die beiden weltweit größten Wirtschaftsmächte sollten diese Praxis beenden.

³⁵ Die Auswirkungen dieser flexiblen Mechanismen auf den Handel sollten nicht überbewertet werden. Weniger als 7% des Welthandels betrifft landwirtschaftliche Produkte, und auf die G33-Länder entfallen nur 12,4% der globalen landwirtschaftlichen Importe.

Während multilaterale Verhandlungen an der kompromisslosen Haltung der mächtigsten Länder der Welt scheitern, richten reiche Länder und Staatengruppen, angeführt von den USA und der EU, ihre Aufmerksamkeit immer stärker auf die Öffnung von Märkten durch regionale und bilaterale Handelsvereinbarungen und Investitionsabkommen mit Entwicklungsländern. Für die armen Länder verheißt dies nichts Gutes. Dass reiche Länder den Abschluss bilateraler und regionaler Freihandelsabkommen verfolgen, ist eine noch ernsthaftere Bedrohung für die Entwicklungschancen armer Länder als die Gefahr, die von den Vorschlägen der EU und der USA im Rahmen der WTO ausgeht. Separate Handelsvereinbarungen, die zwischen reichen Ländern und Entwicklungsländern verhandelt werden, führen nicht zu besseren Entwicklungsmöglichkeiten, da in ihnen eine schnellere, tiefer greifende Handelsliberalisierung angestrebt wird als im Rahmen der WTO. Sie beinhalten strenge Regelungen zu Investitionen und zum Schutz des geistigen Eigentums – diese sind oft nicht im öffentlichen Interesse. Außerdem mindern derartige Vereinbarungen den Wert des gegenwärtigen präferenzbegünstigten Zugangs zu Märkten in der EU oder den USA. Die vorgeschlagenen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, die gegenwärtig zwischen der EU und Gruppen armer Länder verhandelt werden, sind potenziell besonders verheerend in ihren negativen Auswirkungen auf die Entwicklung dieser Länder. Bundeskanzlerin Merkel sollte in ihrer Funktion als EU-Ratspräsidentin bis zur Jahreshälfte alles in ihrer Macht Stehende tun, um diese schädlichen Abkommen zu verhindern.

Reiche Länder sollten diese bilateralen und regionalen Abkommen nicht weiter forcieren und stattdessen ihre Energie voll darauf konzentrieren, im Rahmen der WTO ein Verhandlungsergebnis zu erzielen, das Entwicklung nachhaltig fördert. Die Staats- und Regierungschefs der G8 haben die Macht, die Blockaden in den WTO-Verhandlungen aufzulösen. Deutschland, in seiner Doppelfunktion als vorsitzendes Land sowohl im Rat der EU als auch bei den G8, kommt dabei eine entscheidende Rolle zu. Bundeskanzlerin Merkel sollte ihre Arbeit darauf fokussieren, transparente, partizipative und demokratische Verhandlungen bei der WTO zu fördern. Dies ist eine Vorbedingung dafür, im Rahmen der Doha-Runde ein Ergebnis zu erzielen, das die Entwicklungschancen armer Länder erhöht. Die G8-Mitglieder müssen sicherstellen, dass Vereinbarungen in den Bereichen Industrie und Dienstleistungen den Volkswirtschaften der Entwicklungsländer keinen irreversiblen Schaden zufügen und somit jeglicher Fortschritt, der durch eine Reform der internationalen Handelsregeln im Bereich Landwirtschaft erzielt werden könnte, zunichte gemacht würde. Kurz: Die G8 müssen – wie dies Millionen

Menschen auf der ganzen Welt fordern – Gerechtigkeit im internationalen Handel gewährleisten.

Klimawandel

Wie bereits in Gleneagles im Jahr 2005 wird der Klimawandel erneut ein zentrales Thema des diesjährigen G8-Gipfeltreffens sein. Diese globale Herausforderung anzugehen, erfordert sowohl dringliches als auch entwicklungspolitisch gerechtes Handeln.

Weltweit wird der Klimawandel zunehmend zu einer Hauptursache für Armut und Leid, seine Auswirkungen sind schon jetzt sichtbar. Gesundheitsexperten gehen bereits von über 150.000 zusätzlichen Todesfällen pro Jahr aufgrund des Klimawandels aus.³⁶ Die drei Teile des in diesem Jahr veröffentlichten Vierten Sachstandsberichts der Zwischenstaatlichen Sachverständigengruppe über Klimaänderungen (sogenannter Weltklimabericht) haben bestätigt, was Oxfam und andere Organisationen immer häufiger vor Ort feststellen: arme Menschen, die am wenigsten für den Klimawandel verantwortlich sind, sind als erste und am stärksten davon betroffen.

Dieser Zusammenhang wird mittlerweile von immer mehr politisch Verantwortlichen auf der ganzen Welt anerkannt, von Führungspersonen lokaler Gemeinschaften bis hin zu UNO-Generalsekretär Ban Ki-Moon und weitsichtigen Führungskräften in der Wirtschaft. Wenn die Auswirkungen des Klimawandels nicht abgemildert werden, bedrohen sie die Fähigkeit von vielen Millionen der ärmsten Menschen der Welt, der Armut zu entrinnen.

An den Ufern des Jamuna-Flusses in Bangladesch leben die Menschen seit langem mit saisonalem Hochwasser und sind mit Veränderungen der Umwelt vertraut. Aber nun sind ihre Lebensgrundlagen sowohl durch die wachsende Eisschmelze im Himalaja und den Anstieg des Meeresspiegels als auch durch extreme Wetterlagen gefährdet. „Früher kam das Monsunhochwasser meist im Juli oder August, aber heutzutage regnet es weiter, bis in den Oktober hinein“, sagt Laila Begum, die bereits 25mal umziehen musste. „Das macht uns Probleme, denn in dieser Zeit sollten wir pflanzen.“³⁷ Die reichen Länder haben durch Tatenlosigkeit und ungehinderte Umweltverschmutzung ein Ausmaß an Klimawandel verursacht, das das Erreichen der Millennium-Entwicklungsziele zusätzlich gefährdet.

³⁶ Kovats, R.S. und Haines, A. 2005: Global climate change and health: recent findings and future steps, *Canadian Medical Association Journal* 172 (4).

³⁷ Von Oxfam in Bangladesch im Jahr 2007 durchgeführtes Interview.

Wenn der derzeitige Kurs nicht geändert und die globale Erwärmung nicht unter 2°C gehalten wird, werden das Leben und die Existenzgrundlagen der Armen aufgrund von Wasserknappheit, Unsicherheit der Lebensmittelversorgung, Krankheiten und mit dem Klimawandel zusammenhängenden bewaffneten Konflikten zerstört. Wenn die G8 ihren globalen Führungsanspruch einlösen wollen, müssen sie sich verpflichten, alles zu tun, um die 2°C-Schwelle nicht zu überschreiten. Sie müssen gewährleisten, dass die am stärksten gefährdeten Länder nicht für die Exzesse der reichen Länder zahlen müssen.

Den Klimawandel zu vermeiden, erfordert vielfältige Maßnahmen auf allen Ebenen. Aber ob es um die Neukonzeption der gegenwärtigen Produktions-, Konsum-, Handels-, Energie- und Transportmuster, um den Entwurf von Maßnahmen auf nationaler Ebene, die die Treibhausgasemissionen reduzieren und eine nachhaltigere Entwicklung sichern sollen, oder um die Sicherung internationaler Kooperation geht: An oberster Stelle muss gewährleistet sein, dass diese Maßnahmen fair und gerecht hinsichtlich der Entwicklungsmöglichkeiten der Armen sind.

Die EU hat international eine Führungsposition beim Klimaschutz eingenommen, indem sie mutigere Ziele beschlossen und die internationale Staatengemeinschaft aufgefordert hat, die Treibhausgasemissionen schneller und stärker einzuschränken. Aber Gerechtigkeit erfordert viel mehr als die Reduktion von Emissionen. Laila und ihre Familie in Bangladesch haben mit der Unterstützung einer lokalen Organisation, die von Oxfam gefördert wird, Überlebensstrategien entwickelt. Fähigkeiten zur Katastrophenprävention und -vorsorge werden vermittelt, Notvorräte, Boote, Mobiltelefone und Radios bereitgestellt. Ähnliches muss überall in der Welt geschehen, da arme Gemeinschaften gezwungen sind, sich den unvermeidbaren, bereits sichtbaren Folgen des Klimawandels anzupassen.

Die Anpassung an den Klimawandel wird einige Dutzend Milliarden US-Dollar mehr kosten, als gegenwärtig dafür zugesichert sind. Es ist ein Postulat der Gerechtigkeit, dass reiche Länder – also diejenigen, die für den Klimawandel hauptverantwortlich sind und die Fähigkeit besitzen, andere zu unterstützen – ihren Verpflichtungen nachkommen. Es geht darum, dass die Verursacher für die Schäden aufkommen. Wie beim Schuldenerlass sollten diese Gelder nicht der Entwicklungshilfe angerechnet werden, da sie per Definition eine andere Aufgabe erfüllen. Es darf keine Rechtfertigung für eine einfache Umbenennung oder Umlenkung bestehender Entwicklungshilfe geben. Die G8 sollten bis zum nächsten Gipfeltreffen in Japan im Jahr 2008 eine umfassende

Kostenabschätzung hinsichtlich der Anpassung an den Klimawandel erstellen lassen. Zudem bedarf es einer detaillierten Analyse, wie neue Finanzierungssysteme, etwa die Besteuerung von CO₂ oder von Flugtickets, eingeführt werden können, um die nötigen Milliardensummen aufzubringen.

Die Aufgabe der Staats- und Regierungschefs der G8 beim Gipfeltreffen in Heiligendamm im Bereich Klimawandel ist eindeutig: Sie müssen globale Zielvereinbarungen treffen, um die Erderwärmung unter 2°C zu halten, und sich verpflichten, frühzeitig zu handeln, um bis 2015 in ihren Volkswirtschaften den Beginn der Emissionsreduktionen durchzusetzen. Sie müssen gewährleisten, dass der Klimaprozess im Rahmen der Vereinten Nationen mit einem klaren Mandat ausgestattet ist, um ab Dezember 2007 einen globalen Aktionsrahmen zu verhandeln, der Kontinuität und höhere Emissionsreduktionen nach dem Auslaufen des Kyoto-Protokolls im Jahr 2012 sicherstellt. Die Staaten der G8 müssen ihrer globalen Verantwortung und ihren Fähigkeiten gerecht werden, indem sie sich verpflichten, ihren angemessenen Anteil der von den ärmsten Ländern benötigten Finanzmittel für die Anpassung an den Klimawandel zu leisten – ohne ihn von bereits zugesagter Entwicklungshilfe abzuziehen.

Schlussbemerkung

Gebrochene Versprechen der G8 bedeuten für Millionen armer Menschen zerstörte Lebensträume. Dies kann nicht hingenommen werden. Die G8 haben in der Vergangenheit gezeigt, dass sie handeln können. Ihr Handeln rettet Menschenleben. Für das Versäumnis, im Kampf gegen die Armut alles in ihrer Macht Stehende zu tun, kann es keine Rechtfertigung geben.

Die Bundesregierung, die im Jahr 2007 den G8-Vorsitz innehat, steht in der Pflicht, sich dafür einzusetzen, dass die G8-Länder für das zu beobachtende Schneckentempo bei der weltweiten Armutsbekämpfung und für ihr Versagen geradestehen. Bundeskanzlerin Angela Merkel fällt hierbei eine besondere Führungsrolle zu. Der Gipfel in Heiligendamm im Juni 2007 wird daran gemessen werden, ob er die erforderlichen Schritte unternimmt, das zu tun und umzusetzen, was die G8 selbst versprochen haben und die Welt von ihnen erwartet.

Anhang 1: Detaillierte Trendprognose Entwicklungshilfe 2004–2010

Quelle: Oxfam 2007, auf Basis von DAC / OECD – alle Angaben in 2004\$

	Entwicklungshilfe 2004 abzüglich Schuldenerlass in Mio. \$	Entwicklungshilfe 2005 abzüglich Schuldenerlass in Mio. \$	Entwicklungshilfe 2006 abzüglich Schuldenerlass in Mio. \$	Veränderung seit 2004 in Prozent (kumulativ)	Entwicklungshilfe 2010 Prognose auf Basis dieses Trends in Mio. \$	Entwicklungshilfe 2010 Zugesagte OECD-Prognose in Mio. \$	Differenz zwischen Trend und Zusage in Mio. \$
Kanada	2.525	2.997	2.892	14,6%	3.796	3.648	148
Frankreich	6.665	6.724	6.628	-0,6%	6.555	14.155	-7.600
Deutschland	6.967	6.596	7.448	6,9%	8.512	15.553	-7.041
Italien	2.344	3.332	1.954	-16,6%	1.358	9.507	-8.149
Japan	8.639	9.876	8.937	3,5%	9.565	11.992	-2.427
Großbritannien	7.018	7.157	8.673	23,6%	13.244	14.851	-1.607
USA	19.249	22.918	20.015	4,0%	21.641	24.000	-2.359
Gesamt	53.407	59.599	56.547	5,9%	63.395	93.706³⁸	-30.311³⁹

³⁸ Diese Prognosen entstammen der OECD-Publikation *Final ODA for 2005* : <http://www.oecd.org/dataoecd/52/18/37790990.pdf>.

³⁹ Beim Gipfeltreffen in Gleneagles wurde zugesagt, dass die weltweite jährliche Entwicklungshilfe, ausgehend von 79 Mrd. US-Dollar im Jahr 2004, bis zum Jahr 2010 auf insgesamt ungefähr 130 Mrd. US-Dollar steigt – dies schloss alle Mitglieder des Entwicklungsausschusses der OECD ein, nicht nur die G8. Mit anderen Worten: Die Zusage, die Entwicklungshilfe bis zum Jahr 2010 um 50 Mrd. US-Dollar zu erhöhen, ist eine Zusage, die alle Mitglieder des Entwicklungsausschusses der OECD betrifft. Die Zahlen in diesem Papier konzentrieren sich nur auf die Zusagen der G7. (Russland ist nicht mit eingeschlossen, da seine Entwicklungshilfe aufgrund ihrer geringen Höhe vernachlässigbar ist.) Es wird dabei angenommen, dass die anderen (nicht G8-) Mitglieder des Entwicklungsausschusses der OECD ihre Zusagen einhalten werden. Da viele dies wahrscheinlich nicht tun, wird die anvisierte Erhöhung von 50 Mrd. US-Dollar wohl um einen noch größeren Betrag verfehlt.

Entwicklungshilfe im Jahr 2006: Tatsächliche Höhe und ursprünglich zugesagter Umfang

Quelle: Oxfam 2007, auf Basis von DAC / OECD – alle Angaben in 2004\$

	Tatsächliche Entwicklungshilfe 2006 abzüglich Schuldenerlass in Mio. \$	Entwicklungshilfe 2006 abzüglich Schuldenerlass, unter Annahme einer konstanten prozentualen Steigerung bis 2010 in Mio. \$	Entwicklungshilfelücke in Mio. \$
Kanada	2.892	2.853	-39
Frankreich	6.628	8.571	1.943
Deutschland	7.448	9.102	1.654
Italien	1.954	3.739	1.785
Japan	8.937	9.615	678
Großbritannien	8.673	9.009	336
USA	20.015	20.700	684
Gesamt	56.548	64.388	7.840

Anhang 2: Fünf Millionen Menschenleben könnten gerettet werden – die Berechnungsgrundlage

Wenn die G8 ihre Zusagen einhielten, könnten nach Berechnungen Oxfams fünf Millionen Menschenleben gerettet werden. Dem liegen Kalkulationen zugrunde, die die Ausweitung der Gesundheitsfürsorge für Mütter, Neugeborene und Kinder sowie die Ausweitung des Zugangs für alle zu Behandlung, Prävention und Pflege bezüglich HIV/ AIDS zum Gegenstand haben. Dies entspricht den Millennium-Entwicklungszielen im Bereich Gesundheit sowie der im Jahr 2005 eingegangenen Verpflichtung, Behandlung, Prävention und Pflege für alle Patient/innen mit HIV/ AIDS bis zum Jahr 2010 zur Verfügung zu stellen.

Die Kosten für erfolgreiche Programme zur Ausweitung von Dienstleistungen der Gesundheitsfürsorge für Mütter, Neugeborene und Kinder stammen aus zwei kürzlich veröffentlichten Papieren der Weltgesundheitsorganisation (WHO).⁴⁰ Diese Papiere beziehen sich auf 75 Länder, die zusammengenommen 94% aller Todesfälle von Kindern unter fünf Jahren aufweisen, d.h. 9,9 Millionen der 10,5 Millionen Kinder unter fünf Jahren, die jedes Jahr weltweit sterben.

Die Papiere stellen eine Reihe von Maßnahmen vor, die diese Zahl senken könnten. Die Finanzierung von Gesundheitsfürsorge für Mütter und Neugeborene könnte die Zahl der Todesfälle von Kindern unter fünf Jahren um 40% herabsetzen, und Unterstützung der Gesundheitsfürsorge für Kinder würde zu einer weiteren Reduzierung von 50% führen – insgesamt wäre somit eine Reduktion um 90% bis zum Jahr 2015 möglich.

Dies würde eine Reduzierung der Todesfälle von Kindern um 8,9 Millionen pro Jahr bis 2015 bedeuten. Wenn man einen linearen Trend bei der Reduzierung der Todesfälle annimmt, käme dies einer Senkung von 4,45 Millionen Todesfällen von Kindern im Jahr 2010 gleich. Eine lineare Reduzierung ist allerdings unwahrscheinlich. Die tatsächliche Reduktion wäre in den ersten Jahren größer (nicht kleiner), da die Investitionen zunächst dort konzentriert würden, wo die betroffenen Kinder am leichtesten zu erreichen sind.

⁴⁰ Stenberg, K. et al. 2007: A financial road map to scaling up essential child health interventions in 75 countries, und Johns, B. et al.: Estimated global resources needed to attain universal coverage of maternal and newborn health services, beide in: Bulletin of the WHO, April 2007.

Die WHO rechnet damit, dass es im Jahr 2010 5,2 Mrd. US-Dollar kosten würde, um den anvisierten Sprung bei der Gesundheitsfürsorge für Mütter und Neugeborene zu erreichen, und 5,6 Mrd. US-Dollar wären für entsprechende Maßnahmen für Kinder aufzubringen. Die Berechnungen ergeben einen Gesamtbetrag von 10,8 Mrd. US-Dollar im Jahr 2010. (Allen Zahlen liegt der Wert des US-Dollar im Jahr 2004 zugrunde.)

Zudem werden die Investitionen in die Gesundheit von Müttern auch das Leben vieler derjenigen 540.000 Frauen retten, die jedes Jahr während einer Schwangerschaft oder Entbindung sterben. Allerdings wird im WHO-Papier keine Prognose gemacht, wie viele Sterbefälle verhindert werden könnten. Um vorsichtig zu schätzen, wird im Rahmen des vorliegenden Papiers diese Problematik aus den Berechnungen ausgeschlossen.

Zusammenfassend ergibt Oxfams Schätzung, dass das Leben von mindestens 4,45 Millionen Kindern gerettet werden könnte, wenn im Jahr 2010 zusätzlich 10,8 Mrd. US-Dollar für die beschriebenen Maßnahmen im Bereich der Gesundheitsfürsorge ausgegeben würden.

Oxfam hat außerdem Kostenkalkulationen zur Ausweitung des umfassenden Zugangs zu Prävention, Behandlung und Pflege für HIV/AIDS-Patient/innen untersucht. UNAIDS hat eine Kostenschätzung erstellt, die Prävention, Behandlung und Pflege sowie die Fürsorge für Waisen und gefährdete Kinder untersucht. Diese Schätzung ergibt einen Betrag von 22,1 Mrd. US-Dollar im Jahr 2008, wovon knapp die Hälfte in Afrika südlich der Sahara benötigt wird, nämlich 10,46 Mrd. US-Dollar.⁴¹ Dies bedeutet einen durchschnittlichen jährlichen Bedarfszuwachs von 25% im Zeitraum von 2006 bis 2008. UNAIDS hat über dieses Datum hinaus keine Kostenschätzung vorgelegt. Daher hat Oxfam eine ähnliche Steigerung von 25% für die Jahre 2009 und 2010 zugrunde gelegt, woraus sich ein Betrag von 16,34 Mrd. US-Dollar ableitet. Eine detaillierte Schätzung der Zahl von Menschenleben, die diese Investitionen retten würden, wurde in einem umfassenden, Anfang 2005 veröffentlichten Artikel von J.A. Salomon et al. vorgelegt.⁴² Dort wird geschätzt, dass ungefähr 500.000 Menschenleben gerettet würden. Dies ist nicht der einzige Gewinn: Es wird prognostiziert, dass aufgrund dieser Investitionen Neuinfektionen ebenfalls sinken

⁴¹ UNAIDS 2005: Resource Needs for an Expanded Response to AIDS in low and middle-income countries, und UNAIDS 2004: New UNAIDS Report Unveils Latest Global Economic Trends.

⁴² Salomon, J.A., et al. 2006: Integrating HIV Prevention and Treatment: From Slogans to Impact, PLoS Medicine Vol 2, No. 1.

werden, und zwar um 1,7 Millionen bis zum Jahr 2010. So könnte das Millennium-Entwicklungsziel, weltweit die Zahl der HIV/AIDS-Infektionen bis zum Jahr 2015 zu senken, erreicht werden.

Fazit: Für 16,34 Mrd. US-Dollar, die in die HIV/AIDS-Bekämpfung gesteckt werden, könnten im Jahr 2010 ungefähr 500.000 Menschenleben gerettet werden könnten. Wenn man die oben genannten Beträge für eine Verbesserung der Gesundheitsfürsorge hinzurechnet, bedeutet dies, dass für eine Gesamtinvestition von 27,1 Mrd. US-Dollar 4,95 Millionen Menschenleben im Jahr 2010 gerettet werden könnten (siehe Tabelle).

	Kosten	Gerettete Menschenleben
HIV/AIDS: die Ausbreitung der Krankheit umkehren und Zugang zu Behandlung, Prävention und Pflege für alle in Afrika bereitstellen	16,3 Mrd. US-Dollar	500.000
Gesundheitsfürsorge für Mütter und Neugeborene	5,2 Mrd. US-Dollar	2 Millionen
Gesundheitsfürsorge für Kinder	5,6 Mrd. US-Dollar	2,5 Millionen
Gesamt	27,1 Mrd. US-Dollar	5 Millionen Menschenleben

© Oxfam International Mai 2007

Dieses Dokument wurde von Max Lawson verfasst. Wir danken Alison Woodhead, Jamie Balfour-Paul, Claire Godfrey, Antonio Hill, Tanja Schuemer- Cross, Simon Gray, Rohit Malpani, Sasja Bokkerink, Mohga Kamal-Yanni, Sebastien Fourmy, Elaine Kneller, Romilly Greenhill, Lucia Fry und Caroline Pearce für ihre Kommentare sowie Sandra Lustig (Berlin) für die deutsche Übersetzung. Dieses Dokument ist Teil einer Reihe von Veröffentlichungen, die die Öffentlichkeit über entwicklungspolitische und humanitäre Themen informieren.

Der Text kann für Kampagnen-, Bildungs- und Forschungszwecke unentgeltlich genutzt werden, sofern die vollständige Quelle angegeben wird. Der Inhaber des Urheberrechts bittet darum, dass ihm sämtliche derartige Nutzungen für Zwecke der Auswertung gemeldet werden. Für die Vervielfältigung unter sonstigen Umständen oder für die Wiederverwendung in anderen Veröffentlichungen oder für die Übersetzung oder Bearbeitung ist unsere vorherige Zustimmung erforderlich, und es können Gebühren anfallen. Senden Sie eine E-mail an: info@oxfam.de.

Für weitere Informationen über die in diesem Papier behandelten Themen senden Sie bitte eine E-mail an: info@oxfam.de.

Oxfam International ist ein Verbund von dreizehn Organisationen, die in mehr als 100 Ländern zusammenarbeiten, die sich für eine gerechte Welt ohne Armut einsetzen. Oxfam Amerika, Oxfam Australien, Oxfam Belgien, Oxfam Kanada, Oxfam Frankreich – Agir ici, Oxfam Deutschland, Oxfam Großbritannien, Oxfam Hong Kong, Internón Oxfam (Spanien), Oxfam Irland, Oxfam Neuseeland, Oxfam Novib (Niederlande) und Oxfam Québec. Wenden Sie sich bitte telefonisch oder schriftlich an uns, um weitere Informationen zu erhalten, oder besuchen Sie www.oxfam.org.

<p>Oxfam Amerika 226 Causeway Street, Floor 5, Boston, MA 02114-2206, USA Tel: +1.617.482.1211 E-mail: info@oxfamamerica.org www.oxfamamerica.org</p>	<p>Oxfam Hong Kong 17/fl., China United Centre, 28 Marble Road, North Point, Hong Kong Tel: +852.2520.2525 E-mail: info@oxfam.org.hk www.oxfam.org.hk</p>
<p>Oxfam Australien 156 George St., Fitzroy, Victoria 3065, Australien Tel: +61.3.9289.9444 E-mail: enquire@oxfam.org.au www.oxfam.org.au</p>	<p>Internón Oxfam (Spanien) Roger de Llúria 15, 08010, Barcelona, Spanien Tel: +34.902.330.331 E-mail: info@intermonoxfam.org www.intermonoxfam.org</p>
<p>Oxfam Belgien Rue des Quatre Vents 60, 1080 Brüssel, Belgien Tel: +32.2.501.6700 E-mail: oxfamsol@oxfamsol.be www.oxfamsol.be</p>	<p>Oxfam Irland Dublin Office, 9 Burgh Quay, Dublin 2, Irland Tel: +353.1.672.7662 Belfast Office, 115 North St, Belfast BT1 1ND, UK Tel: +44.28.9023.0220 E-mail: communications@oxfamireland.org www.oxfamireland.org</p>
<p>Oxfam Kanada 250 City Centre Ave, Suite 400, Ottawa, Ontario, K1R 6K7, Kanada Tel: +1.613.237.5236 E-mail: info@oxfam.ca www.oxfam.ca</p>	<p>Oxfam Neuseeland PO Box 68357, Auckland 1032, Neuseeland Tel: +64.9.355.6500 (Toll-free 0800 400 666) E-mail: oxfam@oxfam.org.nz www.oxfam.org.nz</p>
<p>Oxfam Frankreich - Agir ici 104 rue Oberkampf, 75011 Paris, Frankreich Tel: + 33 1 56 98 24 40. E-mail: info@oxfamfrance.org www.oxfamfrance.org</p>	<p>Oxfam Novib (Niederlande) Mauritskade 9, Postbus 30919, 2500 GX, Den Haag, Niederlande Tel: +31.70.342.1621 E-mail: info@oxfamnovib.nl www.oxfamnovib.nl</p>
<p>Oxfam Deutschland Greifswalder Str. 33a, 10405 Berlin, Deutschland Tel: +49.30.428.50621 E-mail: info@oxfam.de www.oxfam.de</p>	<p>Oxfam Québec 2330 rue Notre Dame Ouest, bureau 200, Montréal, Québec, H3J 2Y2, Kanada Tel: +1.514.937.1614 E-mail: info@oxfam.qc.ca www.oxfam.qc.ca</p>
<p>Oxfam Großbritannien Oxfam House, John Smith Drive, Cowley, Oxford, OX4 2JY, Vereinigtes Königreich Tel: +44 (0)1865.473727 E-mail: enquiries@oxfam.org.uk www.oxfam.org.uk</p>	

Oxfam International Secretariat: Suite 20, 266 Banbury Road, Oxford, OX2 7DL,
Vereinigtes Königreich
Tel: +44.(0)1865.339100. E-mail: information@oxfaminternational.org. Website:
www.oxfam.org

Oxfam International Kampagnenbüros: E-mail: advocacy@oxfaminternational.org
Washington: 1112 16th St., NW, Ste. 600, Washington, DC 20036, USA Tel:
+1.202.496.1170.

Brüssel: 22 rue de Commerce, 1000 Brüssel, Belgien Tel: +322.502.0391.

Genf: 15 rue des Savoises, 1205 Genf, Schweiz Tel: +41.22.321.2371.

New York: 355 Lexington Avenue, 3rd Floor, New York, NY 10017, USA Tel:
+1.212.687.2091.

Mit Oxfam verbundene Organisationen. Die folgenden Organisationen sind mit Oxfam International verbunden:

Oxfam Japan Maruko bldg. 2F, 1-20-6, Higashi-Ueno, Taito-ku, Tokyo 110-0015, Japan
Tel: + 81.3.3834.1556. E-mail: info@oxfam.jp Website: www.oxfam.jp

Oxfam Indien B55, First Floor, Shivalik, New Delhi, 1100-17, Indien
Tel: + 91.11.26693 763. E-mail: info@oxfamint.org.in Website: www.oxfamint.org.in

Oxfam-Mitglieder mit Beobachterstatus. Folgende Organisation hat derzeit Beobachterstatus bei Oxfam International und beabsichtigt, Vollmitgliedschaft zu erreichen.

Fundación Rostros y Voces (México) Alabama No. 105 (esquina con Missouri), Col. Nápoles, C.P. 03810 Mexiko, D.F.

Tel/Fax: + 52 55 687 3002. E-mail: comunicacion@rostrosyvoces.org
Website: www.rostrosyvoces.org